

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stretzeljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.

Sonntag, den 25. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.

Einladung.

Zu einem neuen Quartalabonnemnt auf den „Vorwärts“ laden wir hiermit unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen ein, sowie alle diejenigen, die, ohne Socialdemokraten zu sein, an den öffentlichen Angelegenheiten ernstlichen Anteil nehmen, und die Bedeutung der augenblicklich in Deutschland sich vollziehenden Krisis erfasst haben.

„Vorwärts“.

Bei der Schwäche des deutschen Bürgerthums, das niemals vermocht hat, die bürgerlichen Freiheiten dauernd zu begründen, ist die Socialdemokratie in Deutschland die Bannerträgerin der Freiheit geworden. Das wissen die Feinde der Freiheit, die Reactionäre aller Art — und darum suchen sie um jeden Preis die Socialdemokratie zu knebeln, und die deutsche Arbeiterklasse, aus der die Socialdemokratie ihre Kraft schöpft, durch ein Zuchthausgesetz in Ketten und Wanden zu legen.

Wohl hat der Reichstag der Gesetzesvorlage zur Vernichtung des Koalitionsrechts eine schwere Niederlage bereitet, allein aus der Welt geschafft ist die Vorlage noch nicht.

So lange in Deutschland das Junkertum die einflussreichste Partei im Staate, und infolge der Unvollkommenheit unseres Verfassungswesens im Stande ist, eine politische Rolle zu spielen, zu der es weder wirtschaftlich, noch moralisch, noch intellektuell berechtigt ist, sind die Grundrechte des deutschen Volks bedroht, ist das allgemeine Wahlrecht und ist das Koalitionsrecht in Gefahr.

Für diese Grundrechte und für alle Rechte des Volks kämpft in vorröckster Reihe die Socialdemokratie und ihr Centralorgan, der „Vorwärts“. Und wer diese Kämpfe verfolgen will, dem können wir nur das Abonnement auf den „Vorwärts“ empfehlen.

Die Zeiten sind niemals so ereignisreich und so wichtig für die Entwicklung der Menschen gewesen. Die bürgerliche Gesellschaft befindet sich, nach einer ökonomischen Revolution ohnegleichen, in gährender Umgestaltung. Da heißt es, sich auf dem Laufenden halten, und die Entwicklung der Dinge in allen Einzelheiten zu verfolgen. Der

„Vorwärts“

bietet den Lesern nicht bloß alle Vorteile eines großen politischen Blattes — er hat es sich auch zur Aufgabe gesetzt, ja zur Hauptaufgabe, alle Phasen der Arbeiterbewegung zur Darstellung zu bringen, und sie im einzelnen und in ihrem Zusammenhang abzuspiegeln und zu beleuchten.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter Berlins rufen wir aber in erster Linie an: Der „Vorwärts“ ist Euer Kampforgan — der „Vorwärts“ ist Eure Waffe — je mehr Ihr ihn verbreitet, desto mehr Macht hat Euer Organ, desto schärfer und wichtiger ist Eure Waffe!

Wahrt Euer Interesse! Und erfüllt Eure Parteipflicht!

Für den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntag-Beilage

„Die Neue Welt“

nehmen sämtliche Berliner Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Deutschstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1899 unter Nummer 7820).

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Regierung und Volksvertretung.

In Ländern ohne Konstitution ist die Regierung unbeschränkt — es giebt nur eine Souveränität, die des gottbegnadeten Monarchen; der Wille der Regierung ist Gesetz, und wer dem Willen der Regierung, d. i. des Monarchen, sich nicht fügt, wird mit Gewalt unterworfen oder erdrückt. Das Volk ist nichts, die Regierung alles. Solche Länder sind in Europa selten geworden. Ruher, Russland und der Türkei kennen wir kein europäisches Land, in dem das rein despotische Regierungssystem noch herrscht, und diese zwei Länder sind nach Ansicht aller gebildeten Menschen Länder, die außerhalb des Bereichs der modernen Civilisation stehen. In allen übrigen Ländern Europas ist das Prinzip der Volkssouveränität zur Anerkennung gelangt, und wird die Regierung entweder direkt durch das Volk und dessen Vertretung ausgeübt, wie in den demokratischen Ländern: der Schweiz, Frankreich, England, — oder in Verbindung des souveränen Volks mit der Monarchie an der Spitze, wie das in den nichtdemokratischen Ländern, die aber nach einer, die Monarchen-Souveränität einschränkenden Verfassung regiert werden, der Fall ist. Zu diesen Ländern gehören Oestreich, Italien, Spanien und Deutschland. Allein in Bezug auf das gegenseitige Machtverhältnis der Monarchen-Souveränität und der Volkssouveränität besteht zwischen diesen Staaten ein sehr wesentlicher Unterschied. Während in anderen Ländern die Regierung sich stets mit der Volksvertretung im Einvernehmen zu halten sucht und sich nach den Beschlüssen der Volksvertretung richtet, je nach diesen Beschlüssen sich umgestaltet, sich niemals in offenen Gegensatz zu ihnen stellt, — gilt es in Deutschland als der Volkssouveränität, sich um die Willensäußerungen der Volksvertretung nicht zu bekümmern. Und im Fall eines Konflikts wird entweder der Reichstag aufgelöst, oder, wenn von einer Auflösung eine neue Niederlage zu erwarten ist, die Willensäußerung des Reichstags, welcher das deutsche Volk vertritt, einfach ignoriert. Es liegt auf der Hand, daß durch eine derartige Regierungspraxis Deutschland thatsächlich auf ein gleiches Niveau mit den nichtkonstitutionellen Staaten gestellt wird. Oder läuft es etwa nicht in der Sache genau auf dasselbe hinaus, ob eine Regierung, wie das in Russland geschieht, die Beschlüsse des nur zum Ratgeben berufenen Senats in den Papierkorb wirft, oder ob sie die Beschlüsse eines nach der Verfassung zur Teilnahme an der Gesetzgebung und zu gleichberechtigter Mitregierung berufenen Körpers, wie der deutsche Reichstag es ist, als Manuskript für den Papierkorb betrachtet? Papierkorb ist Papierkorb. Von den Russen hat ein französischer Politiker gesagt: Man frage den Russen und der Zarbar kommt zum Vorschein. Von der deutschen Reichsverfassung kann man ähnlich sagen: man braucht sie nur zu fragen und das russische Regiment steht vor uns.

Das russische Wesen des preussisch-deutschen Regierungssystems ist wohl noch niemals so klar zu Tage getreten, wie im gegenwärtigen Augenblick.

Seit Jahren bereitet die Regierung eine Gesetzesvorlage vor, deren Annahme durch die Volksvertretung sie für eine politische Notwendigkeit erklärt, — eine Vorlage, von der sie den Bestand der ganzen Staats- und Gesellschafts-Ordnung abhängig macht. Alles wird ausgeboten, um für diese Maßregel die Volksvertretung zu gewinnen. Und diese Maßregel ist von der Volksvertretung mit zermalender Mehrheit verworfen worden. Und nicht bloß verworfen. Nein — als unstaatsmännisch, als ein Attentat auf die Grundrechte des Volkes bezeichnet; die Beschwörter der Maßregel in einer Weise angegriffen und mit einer Nichtachtung behandelt, wie es Regierungsvertretern bisher kaum jemals widerfahren ist.

Und diese Regierung hat nach ihrer beispiellosen parlamentarischen Niederlage sich weder zurückgezogen, noch hat sie verklärt, daß sie einen Fehler begangen, den sie wieder gut machen wolle. Nichts von alledem. Sie thut, als sei gar nichts geschehen, als gäbe es keinen deutschen Reichstag und kein deutsches Volk.

Läßt sich ein russischer Herrscher handeln? Höchstens daß in Russland die Reichstagsmehrheit vielleicht nach Sibirien geschickt worden wäre. Aber ländlich — sittlich. Ein Sibirien haben wir nicht. Das ist vorläufig noch Zukunftsmusik. —

Und diese nämliche Regierung, freilich mit anderer Titulatur: als königlich preussische Regierung, statt als kaiserliche Reichsregierung, beugt sich im preussischen Landtag vor den volksfeindlichen Junkern, bietet ihnen, die ein kräftiges Wort der Vernichtung überliefern würden, „Entschädigungen“ für den Fall, daß sie auf ihren Widerstand gegen eine im Interesse des Staates notwendige Maßregel zu verzichten die Güte haben.

Dieser Mangel an Rücksichtnahme auf den Reichstag, der, nach allgemeinem Wahlrecht gewählt, den Willen des deutschen Volkes vertritt, und dieses Entgegenkommen gegenüber dem nach dem „elendesten aller Wahlgesetze“ gewählten preussischen Landtag, in dem nicht der Willen des deutschen Volks, sondern nur der einer rückständigen Minderheit zum Ausdruck kommt — hierin spiegelt sich das Deutschland des Zuchthauskurfes.

Konfliktlust?

Der Groll über die Hinrichtung des geliebten Zuchthausgesetzes hat in den Centralverbändlern vollständiges Sehnen erzeugt, von Niederlage zu Niederlage zu schmelzen. Das Leibblatt der Krupp und Bueck kommt auf den Vorfass zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem preussischen Handelsminister ausführlich zurück. Es bestreitet dem Reichstagspräsidenten das Recht, Mitglieder des Bundesrats in ihrer Rede zu unterbrechen oder ihnen eine Rüge zu erteilen. Es befreit auch dem Reichstagspräsidenten das Recht, sich irgendwie mit kaiserlichen Aeußerungen zu befassen. Es erinnert an den Konflikt zwischen dem Reichstagspräsidenten des Abgeordnetenhauses und dem Ministerium Bischoff im Jahre 1863 und läßt sein Reichstagsergebnis in dem Scharfmachertum ausüben:

Wir dürfen vertrauen, daß seitens des preussischen Staatsministeriums nichts unternommen werden wird, im Bundesrat eine entscheidende Stellungnahme herbeizuführen, sowohl gegenüber der parlamentarischen Kritik kaiserlicher Aeußerungen, als auch gegenüber den Versuchen, die Redefreiheit der Bundesratsmitglieder der parlamentarischen Hausdisciplin unterzuordnen.

Der Bundesrat wird sich weislich hüten, den Ratschlägen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu folgen. Er hat kein Recht und keine Möglichkeit, die Redefreiheit des Reichstags einzuzengen. Auch nicht gegenüber einer Kritik kaiserlicher Aeußerungen.

In konstitutionellen Staaten liegt allerdings kein Anlaß vor, den Monarchen in die parlamentarische Debatte zu ziehen. Wenn aber unsere Regierung ein Herausstreifen des Kaisers aus den konstitutionellen Schranken gesehen läßt, so ist die notwendige Folge, daß auch der Reichstag die sonst übliche Gefügigkeit nicht innehalten kann. Der deutsche Kaiser verfährt häufig der konstitutionellen Schranke der Reichstagsverantwortlichkeit und greift mit sehr entschiedenen und scharf gesägten Meinungen in das politische Leben der Nation ein. Er hat wiederholt den Reichstag oder einzelne Parteien des Reichstags mit kritischen Pfeilen getroffen. Da ist kein Zweifel, daß der Reichstag Rede und Antwort stehen muß.

Die Grenzlinie, die Graf Wallesleben den Reichstagsmitgliedern in der Besprechung kaiserlicher Aeußerungen gezogen hat, ist eng genug. Private und von Amtswegen nicht beglaubigte Aeußerungen des Kaisers liegen außerhalb der vom Präsidenten gesteckten Grenze. Das Bemühen der „Berliner Neuesten Nachr.“, die preussische Regierung gegen diese Anordnung des Präsidenten aufzustacheln, dürfte keinen Erfolg haben, denn die Regierung wird ihr Konto mit einer schweren Blamage gerade in dieser Frage nicht belasten mögen. Verspürte sie dazu Lust, so hätte sie sicherlich schon alsbald nach dem Unglücksfall des Herrn Bressold Gelegenheit genommen. Sie weiß aber, daß Herr Bressold im Unrecht war, und wird sich wohl hüten, auf der abschüssigen Bahn der Verlegenheiten noch tiefer zu gleiten.

Keinesfalls würden derartige Versuche den Reichstag beirren. Der ganze Reichstag steht zu dem Verfahren seines Präsidenten gegenüber kaiserlicher Aeußerungen. Ausgenommen sind nur jene parlamentarischen Parlamentsfeinde, welche unsere scheinungskonstitutionelle Staatsform nur benutzen, um den Absolutismus vorzubereiten. Von der Linken des Reichstags ganz abgesehen, Centrum wie die Mehrheit der Nationalliberalen werden die Entmündigung des Reichstags, der die „V. R. N.“ zustreben, nicht geschehen lassen. Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Je häufiger der Kaiser in die öffentliche Diskussion eingreift, und je offener es ist, daß solches Eingreifen unmittelbare politische Wirkungen hat — die Vorlage über das gewerkschaftliche Arbeitsverhältnis ist doch ungleichbar eine Wirkung der Reden von Bielefeld und Oeynhagen! —, um so unhaltbarer wird bei uns die alte konstitutionelle Regel, daß der Monarch außerhalb der politischen Debatte zu lassen ist. Durch ihre Befolgung würde unser öffentliches Leben zu einem großen Teil sich in eine leere Fiktion verwandeln. Es ist sogar fraglich, ob die ziemlich willkürliche Unterscheidung des Grafen Wallesleben auf die Dauer haltbar sein wird, daß kaiserliche Reden nur da an Gegenstand der parlamentarischen Debatte sein dürfen, wenn über sie ein authentischer Bericht vorliegt; denn es kann recht zweifelhaft werden, was als „authentischer“ Bericht anzusehen ist. Wir stimmen dem Minister Bressold darin durchaus zu, daß es ein höchst unerwünschter Zustand ist, wenn im Parlament — und wir fügen hinzu: in der Presse — sozusagen mit dem Monarchen diskutiert wird; aber die Folge kann nur mit der Ursache, kaiserliche Kundgebungen wie die in der Rede von Bressold, ausbleiben.“

Und ähnlich spricht sich die „Köln. Volksztg.“ aus: „Die streng konstitutionelle Theorie verbietet allerdings die Vereinzelnung der Person des Monarchen in den Parteikampf und die Parlamentsdebatten und will überall die Regierung vor ihn stellen. Allein wenn der eine Teil sich nicht an die Theorie hält, kann man es doch auch von dem anderen nicht verlangen. Der Kaiser will nicht immer durch den Reichskanzler oder seinen Minister gedeckt sein. Was hätten dann seine zahlreichen öffentlichen Reden für einen Zweck, wenn damit nicht auf das politische Leben eingewirkt, in den Parteikampf eingegriffen werden sollte? Spricht aber der Kaiser persönlich seine Meinung öffentlich aus, um auf andere Faktoren unseres politischen Lebens einzuwirken, so muß doch an irgend einer Stelle die öffentliche Antwort erfolgen können. Will der Kaiser mit seinen Reden auf den Reichstag und seine Parteien einwirken, so muß im Reichstage doch gestimmt sein, die entgegengesetzte Meinung auszusprechen und darzulegen, warum man die Ansicht des Kaisers nicht acceptieren kann.“

Die „V. R. N.“ suchen den Bundesrat aber auch gegen das Hausrecht des Präsidenten scharf zu machen. Das Blatt

beruht auf Artikel 9 der Verfassung, der den Bundesratsmitgliedern das Recht giebt, jederzeit im Reichstag zu Wort zu kommen. Dies Recht ist aber nicht bestritten oder angetastet worden.

Es handelt sich vielmehr darum, ob Bundesratsmitglieder über dem Reichstag als Präsidenten stehen, ob sie beliebig vor dem Reichstag schalten können, ob sie unter Umständen Verordnungen gegen Reichstags-Mitglieder oder den Reichstags-Präsidenten verüben dürfen, ohne daß sie zurückgewiesen werden dürfen. Die Verantwortung dieser Fragen ist ohne weiteres gegeben. Dem Reichstags-Präsidenten liegt nach § 13 des Wahlgesezes die Handhabung der Ordnung im Reichstage ob. Bundesratsmitglieder, welche sich vermaßen, die Handhabung dieser Ordnung den Händen des Präsidenten zu entziehen und an seiner Stelle zu über, handeln ungesetzlich.

Diese Dinge liegen so klar, daß sich die Regierung wohl hüten wird, uns das Vergnügen einer ernsthaften Aufrollung der Frage zu bereiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Widergesetzlicher Wahltermin in Sachsen.

Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben: Nachdem von dem Reichstage beschlossen worden ist, die am 16. Juni vorigen Jahres stattgehabte Wahl eines Abgeordneten für den 8. Wahlkreis des Königreichs Sachsen für ungültig zu erklären, ist in diesem Wahlkreis eine Neuwahl vorzunehmen. Als Wahltag ist der 12. Juli bestimmt. Als Wahlkommissar ist der Amtshauptmann Freiherr v. Teubner in Pirna bestellt worden.

Da die sächsische Regierung wirklich gehandelt, wie die „Dresd. Nachrichten“ angeben, dann irrt sie eben und müßte sie die Aufschreibung wieder zurücknehmen.

Paragraph 8 Absatz 3 des Wahlgesezes und § 34 des Wahlreglements, welche von Neu- und Nachwahlen handeln, decken sich zwar nicht ganz genau, aber der Widerspruch ist durch Interpretation des Reichstags und Bundesrats aus der Welt geschafft. Das geschah gelegentlich der Wahl des Abgeordneten Casselmann (Eisenach). Dieselbe wurde vom Reichstag am 8. Februar 1895 für ungültig erklärt und die weimarische Regierung beräumte daraufhin zum 14. März 1895 die Ersatzwahl an, ohne neue Wählerlisten anfertigen zu lassen, obwohl seit den Hauptwahlen, 15. Juni 1893, längst ein Jahr verstrichen war. Der Abgeordnete Richter richtete deshalb eine Interpellation an die Reichsregierung, die aber ohne Begründung und Debatte zurückgezogen wurde, da der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bötticher, in der Sitzung vom 25. Februar 1895 folgende Erklärung abgab:

„Der Zweifel, welcher sich aus § 34 des Wahlreglements zur Ausführung des Wahlgesezes für den Reichstag dahin ergibt, ob es notwendig ist, bei Ungültigkeitserklärungen von Wahlen behufs der Neuwahl, wenn ein Jahr nach der letzten Wahl verstrichen ist, neue Wählerlisten anzufertigen, hat schon früher die Reichsverwaltung beschäftigt. In den 70er Jahren ist der § 34 des Wahlgesezes immerhalb der preussischen Regierung dahin aufgefaßt worden, daß bei einer infolge der Ungültigkeitserklärung vorzunehmenden Wahl die Anfertigung neuer Listen nicht notwendig sei. Die Reichsverwaltung hat damals die Frage geprüft und sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter allen Umständen bei der Vornahme von Ersatzwahlen, wenn ein Jahr seit der Hauptwahl verstrichen ist, neue Wählerlisten angefertigt werden müssen.“

Der Minister teilte weiter noch mit, daß von dieser Entscheidung der weimarischen Regierung Kenntnis gegeben sei und diese bereits telegraphisch die Anberaumung eines neuen Termins für die Wahl und die Aufstellung neuer Listen gemeldet habe. Damit war der Fall erledigt und damit ist wohl auch für die Nachwahl in Pirna das Präjudiz geschaffen.

Daran, daß trotz dieser Entscheidung der Reichsgewalt die Wahl, ohne Aufstellung neuer Listen, vorgenommen werden sollte, ist, trotz allem was man aus Sachgen gewöhnt ist, doch nicht zu denken. Sollte aber, wider alles Erwarten, wirklich auf Grund der alten Listen gewählt werden, dann können die in Betracht kommenden Parteien Zeit und Geld sparen, denn diese Wahl würde sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages kurzer Hand kassiert werden.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Sonnabend in dritter Lesung debattelos den Gesetzentwurf betr. die Veretzung richterlicher Beamten in den Ruhestand an. Dergleichen gelangten zur Annahme der Nachtragsrat, die Novelle zum Gesetz betr. die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und neuen Anstufungen, sowie der Antrag Kirch (C.), v. Pleitenberg (A.) betr. die Jagd auf eigenen, aber in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Grundstücksteilen.

Eine längere Debatte rief die zweite Lesung der Karfreitagvorlage hervor. Das Resultat war die Annahme der Vorlage in der von konservativer Seite beantragten Fassung, wonach für diejenigen Landesteile, in welchen der Karfreitag nach den bestehenden Gesetzen nicht die Eigenschaft eines allgemeinen Feiertags hat, folgendes verordnet wird: Der Karfreitag hat die Geltung eines bürgerlichen allgemeinen Feiertages. In Gemeinden mit überwiegend latholischer Bevölkerung soll die bestehende herkömmliche Werktagstätigkeit am Karfreitag nicht verboten werden; es sei denn, daß es sich um öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe von dem Gottesdienst gewöhnlichen Gebäuden handelt.

Im übrigen erledigte das Haus nur Petitionen. Am Montag beginnt die zweite Lesung der Ausführungsgesetze zum bürgerlichen Gesetzbuch und zur Grundbuch-Ordnung.

Deutsches Reich.

Zeichen und Wunder.

Betreffs der amtlichen Auslands- und Auswanderungsberichte haben die Minister des Innern und des Handels folgende Verfügung erlassen:

Da für die in die Reiseverordnungen über die Ausstände und Ausperrungen aufzunehmenden Angaben die Ortspolizeibehörden im wesentlichen auf Erlaubigungen bei den Beteiligten angewiesen sind, so erscheint es, damit ein möglichst objektives Bild des Sachverhältnisses gewonnen werde, erforderlich, daß bei diesen die Interessen beider Teile betreffenden Erlaubigungen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Die Ortspolizeibehörden sind daher mit entsprechenden Weisungen für die Sammlung des Materials zu versehen, und es ist zugleich Anordnung zu treffen, daß bei der Nachprüfung der Reiseverordnungen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in thunlichst weitem Umfange beteiligt werden.“

Es scheint fast, als sei die gegenwärtige Regierung doch fähig, in Angelegenheiten, welche die Arbeiter angehen, etwas zu lernen. Schwere Leiden bessern zuweilen den Menschen und daß die Leiden der Reichsregierung bei der Betretung der Justizhausvorlage leicht gewesen seien, wird niemand behaupten.

Wenn aber die Regierung anerkennt, daß durch Befragung der beiden beteiligten Teile erst ein objektives Bild zu gewinnen ist, so erkennt sie zugleich an, daß das in der Denkschrift gegebene Bild ein nicht-objektives ist. Die notwendige Folge dieser Anerkennung müßte die sofortige Zurückziehung der auf ungenügender Erlundigung beruhenden Justizhausvorlage sein. Diesen Grad der Einsicht trauen wir freilich der Regierung noch lange nicht zu.

Nachwahl in Pforzheim. Aus Pforzheim kommt die Nachricht, daß unser Parteigenosse Wagner sein Reichstagsmandat aus Gesundheitsgründen niedergelegt hat. Dieser Schritt unseres von schwerem Nerventelben befallenen Genossen war schon seit längerer Zeit zu erwarten.

Der neunte badische Reichstags-Wahlkreis Eßlingen-Durlach-Pforzheim wurde bei der vorjährigen Wahl zum erstenmale für die sozialdemokratische Partei gewonnen. Im ersten Wahlgang erhielten wir 10 880 Stimmen, der nationalliberale Kandidat 7272, der Centrumskandidat 4264, ein konservativer Kandidat 1500 Stimmen. In der Stichwahl legten wir mit 12 972 gegen 10 580 gegnerische Stimmen.

Wir hoffen zuverlässlich, daß unsere Parteigenossen im vorliegenden Kreise sich der Wählerwahlung einer Nachwahl mit gewohntem Eifer unterziehen und daß der Wahlkreis unserer Partei erhalten bleiben wird.

Hu! hu! Der Terrorismus! Der alldeutschen „Deutschen Zeitung“ in Berlin wird aus studentischen Kreisen aus Halle geschrieben:

Am 21. Juni hatte der Studentenausschuß zum Gedächtnis Bismarcks einen Fadelzug zu veranstalten beschlossen. Auf dem Markt sollte ein Kaiserhoch ausgebracht und eine Bismarckrede gehalten werden. Beide Reden wurden von der Polizei verboten mit der Begründung: die hiesige sozialdemokratische Bevölkerung sei durch die Hege gegen die „Justizhausvorlage“ so sehr erregt, daß schwere Unruhen zu befürchten seien, wenn jene beiden Reden gehalten würden. Trotzdem jenes Verbot erlassen war, versuchte ein Teilnehmer des Fadelzuges auf dem Marktplatz ein Kaiserhoch auszubringen. Da er aber begann: Obwohl die Polizei verboten hat usw. — so wurde er sofort von einem Polizeioffizier unterbrochen, der ihm bedeutete, er könne keine Kritik polizeilicher Handlungen und keine Rede gestatten, höchstens ein kurzes Hoch. Darauf aber versetzte jener Herr, unserer Meinung nach mit vollem Recht. Denn wenn die deutsche akademische Jugend ihren Kaiser feiern will, dann will sie nicht nur rufen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch, hoch, hoch! — sondern sie will auch zugleich in herzlichen Worten ihrer Liebe und Verehrung zum Kaiser Ausdruck geben. Daher erscheint uns jener Verzicht vollkommen gerechtfertigt.

Die „Deutsche Zeitung“ mag sich nur beruhigen. Die hiesigen Arbeiter sind zwar erregt über die Justizhausvorlage, aber sie würden es trotzdem ertragen, wenn auf dem Marktplatz von den alldeutschen Studenten eine Bismarckrede losgelassen und ein Kaiserhoch ausgebracht würde. Die „Deutsche Zeitung“ ist deswegen von ihrem studentischen Korrespondenten wahrscheinlich falsch berichtet, und der polizeiliche Bescheid wird wohl anders gelaunt haben.

Unter dem Justizhausdruck. Aus Jhehoe wird uns unterm 28. d. M. geschrieben: Bei der Kritik der Justizhausvorlage ist von unserer Parteipresse an mancherlei Beispielen nachgewiesen, daß heute schon, ohne daß die Vorlage Gesetzskraft erlangt hat, in sozialpolitischen Prozessen eine immer schärfere richterliche Tonart zu Tage tritt. Wie gerechtfertigt eine solche Behauptung ist, beweist ein Prozeß, der vorgestern, am demselben Tage also, da im Reichstag der Gesetzentwurf mit dem harnlosen Namen in erster Lesung ein so jämmerliches Fiasko erlitt, vor der betagten Strafkammer beim hiesigen Amtsgericht zur Verhandlung kam.

Der Schiffer Rex und der Arbeiter Meinert waren beschuldigt, am 1. Mai den Arbeiter Dombrowski mißhandelt, beleidigt, sowie den Versuch einer Kidnapping gegen ihn verübt zu haben. Am Sonntag des 1. Mai hatte die Mehrzahl der in der Lehmgarbe der Lionischen Fabrik beschäftigten Arbeiter beschlossen, am Nachmittag die Arbeit ruhen zu lassen. Dombrowski war damit einverstanden gewesen; als jedoch die Fabrikleitung erklärte, alle diejenigen, welche am Nachmittag nicht zur Arbeit erscheinen würden, am nächsten Tage entlassen zu wollen, zog er sein Wort zurück. Die Angeklagten suchten zunächst, Dombrowski durch gütliches Zureden zum Halten seines Versprechens zu bewegen. Im Verlauf der Auseinandersetzung kam es jedoch zu Wortwechsel und Thätlichkeiten, wobei Meinert den D. einen „Hamburger Streifbretter“ und „Lump“ genannt haben und Rex ihm einige Faustschläge versetzt haben soll.

Der Staatsanwalt bezelichnete den Fall als hervorragendes Beispiel für den in gewissen Fällen von einem Teil der Arbeiter gegen ihre Genossen geübten Terrorismus“. Er beantragte gegen Rex 6 Monate und gegen Meinert 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging zum Teil über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinaus und erkannte gegen beide Angeklagte auf neun Monate Gefängnis, sowie sofortige Inhaftierung.

In seiner Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß er die berechtigte Entrüstung der Staatsanwaltschaft ganz und gar teile, und daß es zu wünschen sei, daß dieser Fall in weiteren Kreisen bekannt werde, um diesen unerhörten Terrorismus zu zeichnen. Wir geben hiermit dem Wunsch des Herrn Folge und bemerken nur noch, daß beide Angeklagte verheiratet und der eine Vater von 5 Kindern ist. Erfährt man ferner noch, daß, abgesehen von dem momentanen Schmerzgefühl, die Schläge für den Dombrowski durchaus keine Folgen gehabt haben, so wird man zugeben müssen, daß diese schweren Strafen, die zwei Familien auf betrübliche Zeit ihres Ernährens verurteilt, mit dem zu bewöhnenden Verbrechen, das übrigens organisierte Arbeiter am allerwichtigsten billigen, in gar keinem Verhältnis stehen.

Die „Märkische Volks-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 28. Juni einen „neuen Beweis“ von angelegtem Terrorismus der gewerkschaftlich organisierten Maurer. Sie schreibt:

Auf der Baustelle Nächsthofenerstraße (Ede Löwestraße) wurde vor einigen Tagen ein Mitglied des christlichen Vereins „Arbeiter-Schutz“ von dem Unternehmer in Arbeit gestellt. Als der christliche Arbeiter das Gerüst betreten hatte, sagten ihm die dort beschäftigten sozialdemokratischen Centralisten sofort, er möge nicht vom Bau gehen, er solle gar nicht anspringen, er solle sich nicht einbilden, daß sie mit ihm zusammenarbeiten würden usw. Als Grund gaben sie an, sie würden mit einem christlich organisierten Arbeiter nicht zusammenarbeiten. Wenn er auf dem Bau arbeiten wolle, dann möge er sich erst vorher in den sozialdemokratischen Centralverband aufnehmen lassen. Der christliche Arbeiter begab sich zum Polier, um ihm die Sache vorzutragen, doch als er zu diesem kam, waren auch bereits die sozialdemokratischen Centralisten da, um ihrerseits die oben mitgeteilte Erklärung zu wiederholen und zu betonen, daß, falls der christliche Arbeiter nicht sofort entlassen würde, sie die Arbeit niederlegen würden. Da der Polier infolge verschiedener Verhältnisse gezwungen war, weiter arbeiten zu lassen, so entließ er — wenn auch nur widerwillig — den christlichen Arbeiter, um eben zu verhindern, daß sein Bau gestoppt würde.

Nach den Erlaubigungen, die wir haben einziehen lassen, verhält sich auch diese Sache anders. Der betreffende Polier — wohlverstanden, nicht die von dem Centralblatt angeführten Arbeiter — hat angegeben, daß die Centralisten das Anrufen, den „christlichen“ Arbeiter nicht zur Arbeit zuzulassen, nicht gestellt hätten. Der Betreffende sei, als er in die Baubude gekommen, von den an-

wesenden Centralisten nur nach seinen Legitimationspapieren gefragt worden. Da die Arbeiter sich zur Zeit im Streit befinden, darf ihnen das nicht befragt werden. Der Gefragte habe nun erwidert, daß er dem Verein „Arbeiter-Schutz“ angehöre, und darauf mögen einige spöttische Bemerkungen gefallen sein, die sich aus der Vergangenheit des Vereins erklären. Bei dem Unterzeichnen des Arbeitsvertrages in der Baubude habe sich der Arbeiter bemerkt, worauf der Polier geantwortet habe, daß er doch nicht sämtliche Maurer wegen eines einzelnen entlassen könne. Auf dem betreffenden Bau arbeiten noch jetzt zwei andere Mitglieder des Vereins „Arbeiter-Schutz“ ruhig neben den Gewerkflaktern. Diese letztere Thatsache spricht wohl dafür, daß unsere Darstellung der Wahrheit entspricht, daß der „M. V.“ etwas vorgefunkert worden ist. Jedenfalls kann von „Terrorismus“ auch in diesem Falle keine Rede sein, denn daß die Maurer für ihre Organisation werden, ist ihr gutes Recht.

Das Centralorgan bleibt auch dabei, daß der gegenwärtige Bauarbeiter-Streit ein frivoler sei, es verurteilt die Provozierung des Streiks durch die Centralisten zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt. Wäre das Centralorgan zu einem anderen Zeitpunkt wohl damit einverstanden gewesen? In welchem Zweck ist nun der Streit „provokiert“ worden? Um den 65 Pfennig-Stundenlohn zu erreichen. Nun, die Unternehmer des Baugewerbes haben, indem sie vor dem Einigungsamt die Forderungen der Streikenden, wenn auch kufenweise, anerkannt, daß sie die Forderungen nicht für frivol halten. Wenn die „Märkische Volks-Zeitung“ das Verlangen eines Arbeiters, der nur etwa 2/3 des Jahres Beschäftigung hat, noch nicht ganz 6 M. pro Tag zu verdienen, frivol nennt, so mögen die Arbeiter daraus ersehen, was es mit der Arbeiterfreundlichkeit des Blattes für ein Verhältnis hat. Geringer Verdienst, elendes Leben, das mag der christlichen Anschauung von der „Gleichheit der Armut“ entsprechen, auf lange werden sich damit die Arbeiter nicht mehr föhren lassen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Von der Strafkammer in Landsberg a. W. wurde am 10. d. Mts. der Schuhmacher Johann Woff aus Pöbau in Westpreußen wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung eines Fürsten und Verleumdung zu sieben Monaten Gefängnis und vier Wochen Haft verurteilt. W. hatte am 15. Mai d. J. in Wetz bei einem Wirt gebettelt und wurde abgewiesen. Aus Verger beleidigte er den Wirt und den Kaiser. Der Staatsanwalt hatte für die Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis beantragt.

Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, des Königs von Bayern und des Prinzregenten verurteilte das Landgericht München II den 34 Jahre alten Diensthof Franz Xaver Scheilinger in Mesbach zu drei Monaten Gefängnis.

Rebellion in Riantischon.

Aus Tintau wird vom 23. Juni telegraphiert: Die Einwohner verschiedener um Raoni gelegener Dörfer zerstörten die von den deutschen Ingenieuren dort untergenommenen Bahnbau-Arbeiten. Die Strafe folgte auf dem Fuße nach. Hauptmann Rauwe, Chef der 1. Kompanie des Seebataillons, wurde mit 80 Mann seiner Kompanie und 18 Reitern an Ort und Stelle geschickt, um die Aufrührer zu säubigen.

Welcher Art die „Säubigung“ war, wie viel Menschen ihr zum Opfer gefallen sind, wird nicht mitgeteilt. Vielleicht bringt hierüber die zu erwartende amtliche Bestätigung der Nachricht bald Aufschluß.

Von der Friedenskonferenz.

Die von russischer Seite in der ersten Kommission der Friedenskonferenz eingebrachten Anträge gehen dahin, daß die gegenseitigen Effektivkräfte der Streitkräfte sowie die entsprechenden Budgets während 5 Jahren nicht erhöht werden dürfen, von welcher Bestimmung jedoch die Kolonialtruppen ausgenommen sein sollen. — Das Redaktionskomitee der dritten Kommission, welches sich mit der Frage der Schiedsgerichte zu befassen hat, hielt heute nachmittags eine Sitzung ab und diskutierte Artikel 1—7 der russischen Vorlage über das schiedsgerichtliche Verfahren, welche aus 26 Artikeln besteht. Am Mittwoch wird sich die Konferenz wahrscheinlich auf kurze Zeit vertagen, um den Delegierten Zeit zu geben, ihren Regierungen über den Stand der Dinge Bericht zu erstatten.

Im übrigen scheint es auf der „Friedens“-Konferenz ohne Arieß doch nicht abzugehen; die türkischen Delegierten haben nämlich abermals gedroht, den Haag zu verlassen. Dem „Verl. Tageblatt“ wird darüber gemeldet:

Infolge der beleidigenden Angriffe des Jungtürken Ahmed Riza und des Armentiers Armeghian in einer öffentlichen Versammlung auf die Person des Sultans begab sich der ottomanische Delegierte Turhan Pascha auf das auswärtige Amt und erklärte dem Minister des Aeußeren Debeaufort, die türkischen Delegierten würden innerhalb vier- undzwanzig Stunden die Friedenskonferenz verlassen. Gleichzeitig sandte der türkische Delegierte General Abdullah Pascha den Veleibigern des Sultans eine Herausforderung zum Duell. Die holländische Regierung beilegte sich, den Zwischenfall durch die Ausweisung Ahmed Rizas und Armeghians zu beenden. Die beiden Agitatoren reisten nach Paris ab. Der Zwischenfall erregt in den Kreisen der Konferenzdelegierten großes Aufsehen.

Ausland.

Ausweisungsvorgang in der Schweiz.

Bern, 23. Juni. (Eig. Ber.) Auf die von uns erwähnte, an die Bundesversammlung gerichtete Reklamation des Professors Dr. Järcher gegen die Ausweisung der drei italienischen Genossen hat der Bundesrat der Bundesversammlung einen längeren Bericht vorgelegt, in dem er die vollzogene Ausweisung als gerechtfertigt und notwendig nachzuweisen sucht. Zu diesem Zwecke wird das bekannte Manifest wiederum reproduziert und zwar der Schluss in der von Professor Järcher berichtigten Uebersetzung; ferner werden verschiedene Artikel aus dem „Socialista“ citiert und mehrere Versammlungen erwähnt, sowie daran erinnert, daß die Italiener im Kanton Tessin seiner Zeit wegen ihrer, gegen Italien gerichteten Agitation vorwarnt worden seien. Ueber seine grundsätzliche Auffassung des Unrechts äußert sich der Bundesrat folgendermaßen: „Und was unsere völkerrrechtliche Gesplogenheit anbelangt, so bestand sie von jeher darin, die freundschaftlichen Beziehungen zu andern Staaten aufrechtzuerhalten und gegen jedes Vorgehen Fremder, welches geeignet wäre, diese Beziehungen zu trüben, einzuschreiten; auch galt von jeher als Grundsatz: Das Asyl wird den politisch Verfolgten aller Parteien gewährt, wenn sie sich durch ruhiges Verhalten desselben würdig zeigen, dagegen nicht gewährt, wenn sie auf unserem Gebiet die Umtriebe und Angriffe gegen den fremden Staat fortsetzen.“ Und zum Schluß des Berichtes heißt es im Hinblick auf die in Frage stehenden Ausweisungen: „Wir erachten es im Interesse des Landes als geboten, dieser fortwährenden Agitation durch Ausweisung der verantwortlichen Führer Einhalt zu thun. Wir werden auch in Zukunft allen Umtrieben Fremder, die geeignet sein könnten, die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und nicht dulden, daß unsere Beziehungen zu andern Staaten durch das Verhalten Fremder und durch

Interessen, die nicht die unrigen sind, beeinflusst werden können." Schließlich wird der Bundesversammlung beantragt, auf die erhobenen Beschwerden nicht einzutreten.

Dieser Antrag ist, wenigstens formell, nicht erfüllt worden, denn die Rücksendung ist bereits einer Kommission des Nationalrates zugewiesen. Wie diese sich dazu stellt, wird man bald erfahren.

Auf die von uns ebenfalls erwähnte neue Ausweisungsaftäre, deren Einzelheiten Genosse Greulich veröffentlichte, stürzte sich der offiziöse Schreibhandlinger Dr. Langhard, wie der Geier auf ein Gemlein. Der Allesbesserwisse wachte sofort mehr als Greulich und fand alles in Ordnung. Im Werner "Bund" wird der Fall so dargestellt, daß die drei ausgewiesenen Italiener von Zürich nach Chiasso mit gewöhnlichen Fahrkarten dritter Klasse reisen konnten, wie jeder andere Passagier, nur daß sie von Polizisten, aber in Zivil und unauffällig begleitet worden seien. In Chiasso hätten sie wie alle anderen Reisenden die Zollrevision passiert und seien dann mit dem nächsten Zuge ins Innere des Landes weiter gereist. Von einer Empfangnahme durch testinische oder italienische Polizisten sei keine Rede gewesen. Nach Langhard hätten sie über die italienische Grenze gebracht werden müssen, weil die ausgewiesenen Anarchisten an den übrigen Grenzen zurückgewiesen wurden. Der "Schikaner" konstatiert all dem gegenüber, daß die Zwangsauslieferung an Italien doch bestehen bleibt! Die "Zür. Post" bemerkt zu der Geschäftigkeit der Offiziösen: "Höre man in Bern doch endlich auf, ernste Sachen mit Höflichkeitseid geschwätzt abzutun. Erkläre man doch klipp und klar, man sei entschlossen, mit der bisherigen menschlichen Art der Ausweisungen zu brechen, der italienischen Regierung alles zu gewähren, was sie von der Anarchistenkonferenz in Rom verlangt hat und daß man keinen Wert mehr darauf legt, die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Auslieferung und Ausweisung zu respektieren. Dann wissen wir, woran wir sind..."

Das belgische Wahlgesetz

ruft einen Sturm der Entrüstung im Lande und in der Deputiertenkammer hervor. In der Kammer kam es anlässlich der Festsetzung des Datums für die Erörterung des Wahlgesetzes auf den 5. Juli, wie wir bereits in einem Teil der gestrigen Auflage unter Depeschen mitteilten, zu heftigen Zwischenfällen.

Der Sozialist Vanderelde erklärte das Gesetz für schamlos. Der Sozialist Smets erklärte, der König sei der Mitschuldige des Ministeriums. Der Vorsitzende forderte den Redner auf, die Person des Königs zu respektieren. Der Sozialist Demblon erklärte darauf, man achte, was zu achten sei. Der Sozialist Vanderelde wird wegen seiner Bemerkung über den König zur Ordnung gerufen. Demblon erklärte: "Wir hätten nicht erwartet, daß man ein standaltes Gesetz einbringen wird. Sie haben nicht das Recht, ein solches Gesetz vorzulegen. Sie spotten damit der Konstitution!" Sich an die Regierung wendend rief Redner: "Sie sind Auftritte! Die Regierung muß die Vorlage zurückziehen." Der Fortschrittler Lorand protestierte ebenfalls gegen die Vorlage. Da bei der Abstimmung über das Datum für die Erörterung der Vorlage die Linke den Saal verlassen hat, ist die Kammer beschlußunfähig. Die Sitzung wird infolgedessen aufgehoben.

Die Bewegung gegen das Wahlgesetz der Regierung dehnt sich über ganz Belgien aus und wird eine nationale Kundgebung aller Oppositionsparteien zur Folge haben. Trotzdem hofft das Ministerium, daß am 3. oder 5. Juli die Beratungen beginnen werden und hat allerlei Maßnahmen gegen die Volksbewegung getroffen.

Vom 3. L. Mts. ab sollen täglich die sämtlichen Sonderkorps der Brüsseler Bürgergarde abends von 8 Uhr ab einberufen werden, um die neutrale Zone, das heißt das kleine Stadtviertel, in dem alle Ministerien und das Brüsseler Königsschloß liegen, zu schützen. Alle Bürgergardisten erhalten die sogenannten Ausstandspatronen. Die gesamte Gendarmerie, Polizei und Feuerwehrt sind vom 3. L. Mts. täglich konfiguriert; schon sind 40 Gendarmen aus der Provinz nach Brüssel gezogen worden. Am Ende der Geseßstraße, in dem alle Ministerien liegen, befindet sich das Palais du Cinquantenaire; hier werden jetzt die erforderlichen Einrichtungen getroffen, um sofort zwei Bataillone des zehnten Linienregimentes zur Verstärkung der Brüsseler Garnison aufzunehmen. Weitere Verstärkungen der Brüsseler Garnison durch Heranziehung flandrischer Truppenteile sind angeordnet. Die maßvolle Brüsseler "Gazette" mahnt heute den König, rechtzeitig einzugreifen, und das Ministerium auf einer Bahn anzuhalten, die ungewisshaft das Land in die Revolution und in den Bürgerkrieg treibt.

Schweiz.

Mit der parlamentarischen Erledigung der Kranken- und Unfallversicherung wird es nun scheinend in der That wieder nichts. In unvorstellbarer Treue zu ihrer bisherigen jahrelangen Verschleppungspolitik soll die herrschende "radikale" Parlamentarismehrheit beabsichtigen, sie auf die Herbstsession zu verschieben — zu verschieben ad calendarum graecas! Die Arbeiter können warten und der radikale Parteipapst Forrer hat ja einst erklärt: wir machen Sozialreform, wenn es uns paßt. Und was Herr Forrer will, das geschieht.

Serbien.

Steuerverweigerung in Serbien. Wie der "Int. Korresp." aus Belgrad gemeldet wird, haben die Oppositionsparteien in den südlichen Kreisen die Steuerverweigerung beschlossen und bereits allgemein organisiert. In der Umgegend von Nisch und Waxanja wurden mehrere Steuer- und Polizeibeamte von den Bauern erstickt und verwundet; doch sucht die Regierung alle Meldungen hierüber zu unterdrücken.

Der Konflikt an der serbisch-türkischen Grenze sollte beigelegt sein, — so war von einer Telegraphenagentur gemeldet worden. Einer Berliner Zeitung, die diese Mitteilung gebracht hatte, wird dazu aus der serbischen Gesandtschaft geschrieben:

Das Wiener Korrespondenzbureau brachte vorgestern die telegraphische Nachricht aus Konstantinopel, daß der König von Serbien dem Sultan sein Bedauern über den Vorfall an der serbisch-türkischen Grenze telegraphisch ausgesprochen habe, und daß auch der Vertreter des serbischen Ministeriums des Äußeren sich in derselben Weise dem türkischen Gesandten in Belgrad gegenüber geäußert habe.

Wie man uns aus Belgrad mitteilt, ist diese Behauptung des Korrespondenzbureaus völlig aus der Luft gegriffen. Die an der türkischen Grenze konzentrierten serbischen Truppen werden so lange dort verbleiben, bis die Sicherheit vollständig wieder hergestellt ist.

Afrika.

Kriegsvorbereitungen? Ebenso wie die südafrikanische Republik trifft auch der Oranje-Freistaat allerlei Verteidigungsmahregeln.

Bloumfontein, 24. Juni. Der Raad des Oranje Freistaates bewilligte heute 2000 Pfd. Sterl. für Vermehrung der Artillerie um 40 Mann und 80 Pferde, 420 Pfund zu Verbesserung bei der Feldtelegraphen-Abteilung der Artillerie, 3400 Pfund für Reite für die Bürgerwehr und 4000 Pfund für drei Maximgeschütze und drei Schmelzeergüsse. Der Raad beschloß ferner, daß das Manergeschwe Nationalwaffe sein sollte, und bewilligte 22 500 Pfund Sterling zur Anschaffung von Munition, 39 950 Pfund für Kriegsmaterial und 13 527 Pfund für Vermehrung der Artillerie.

Trotz aller dieser Nachrichten ist zu hoffen, daß ein Krieg zwischen Südafrika und England vermieden werden wird.

Ueber die Situation in Frankreich,

besonders über den Eintritt des Sozialisten Millerand, in das Kabinett schreibt uns unser Pariser Korrespondent:

Paris, 23. Juni.

Zu jeder anderen Zeit würde das neue Ministerium als das Ereignis einer tolen Phantastie erscheinen. Aber seine außer-gewöhnliche Zusammenziehung entspricht der außergewöhnlichen Situation.

Die zehn Tage lange verschleppte Ministerkrise hatte sich zuletzt zu einer Staatskrise zugespielt. Es fehlte wenig dazu, den Präsidenten der Republik zur Demission zu zwingen. Die sonst so machilisternen Politiker hatten einen wahren Ministerstreit erklärt. Die einen, wie Poinecaré und Melines kreierten mit dem Hintergedanken, ein rein "gemäßigtes", der Fällherbände und den Nationalisten genehmes Kabinett zu erlangen; die anderen, wie die Radikalen Griffon und namentlich Leon Bourgeois, aus schlotternder Angst vor der schweren Verantwortlichkeit. Zum zweitenmal von Loubet mit der Kabinettbildung betrou, weil kein anderer Kandidat aufzutreiben war, mußte Walde-Roussieu um jeden Preis unersichtlich seine Aufgabe lösen.

Hat er sie glücklich gelöst? Ja und nein. Auf der einen Seite hat er die Einigung aller Republikaner, mit Ausnahme des Melineschen Flügel, in die That umgesetzt. Mit klümem Blick und festem Entschluß berief er, der wätschichte Bourgeoisrepublikaner, ins Ministerium den Sozialisten Millerand, ungeachtet des Entrüstungsgeschreies nicht nur der Melinisten, sondern auch der mehr links stehenden Bourgeoisrepublikaner und der Schattierung des "Temps". Er bekundete damit, unbelümmert um bornierte, egoistische Parteinteressen, daß die sozialistische Partei für die Verteidigung der ernstlich bedrohten Republik unentbehrlich ist. Einzig von dem Gedanken geleitet, die prätorianischen Elemente zu bewegen und die Oberhoheit der Republik und der Zivilgewalt wiederherzustellen, setzte er ferner das Kabinett aus lauter erprobten und energischen Republikanern zusammen. Er brach entschieden mit den üblichen Kabinett-Bildungsregeln, die es vorschreiben, die Minister den diversen parlamentarischen Klüngeln zu entnehmen, ohne Rücksicht auf den persönlichen Wert der von den Klüngeln postulierten Kandidaten. Man findet daher im neuen Kabinett unter 11 Ministern acht "neue Männer", die noch niemals am Ruder waren, die aber fast sämtlich ihre Tüchtigkeit bzw. ihre hervorragenden Fähigkeiten bereits durch die That bewiesen haben. Und so verschiedenes auch die allgemeine Parteistellung der einzelnen Minister ist, ihre Ansichten über die Erfordernisse der gegenwärtigen Situation, über die dringlichen Regierungsaufgaben stimmen vollkommen überein, woraus es ja zur Zeit einzig und allein ankommt.

Die Rückseite der Medaille ist der Kriegsminister General de Galliffet. Erhebt er sich schon an sich ein Armutszeugnis für die Republik, daß sie in ihrer schwersten Stunde, im Kampfe gegen die Prätorianer, zu einem militärischen Kriegsminister Justiz und nehmen muß. Die Zivilgewalt bekenn, daß sie die Militärs nicht ohne Vermittlung eines Generals unter das Gesetz beugen kann! Und dann was für eines Generals? Des blutigsten Schlächters des Pariser Proletariats in der blutigen Waiwoche 1871, des Linnenschen, der gegen eine Kommune kämpfte auf Geratewohl hat ermorden lassen (die haarsträubenden Einzelheiten lese man in Lissfogarays "Geschichte der Kommune" nach).

Galliffet ist das Gegengewicht gegen Millerand und umgekehrt. Letzteres so sehr, daß von Millerands Eintritt ins Ministerium die Lösung der Krise abhängig war. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Millerands Entschluß von jeglichen ehrgeizigen Beweggründen frei ist. Der sozialistische Abgeordnete hat vielmehr dabei ein großes Opfer gebracht im Dienste der Republik und folglich der sozialistischen Partei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Millerand sich zuvor über die Haltung des Ministeriums und insbesondere Galliffets vergewissert hat. Demgegenüber hat es nicht zu bedeuten, daß Galliffet, sonst ein Anhänger der Drehsch-Revision (er war Entlastungszeuge für Wiquart), vor zwei Monaten in einem Brief an das "Journal des Debats" jede Maßregeln gegen die verbrecherischen Generalstäbler bekämpft hatte.

Genosse Jaurès billigt (wie bereits gestern im "Vorwärts" erwähnt) rückhaltlos Millerands Eintritt ins Ministerium, trotz Galliffet — in der festen Überzeugung natürlich, daß es ein Kampfministerium gegen die Prätorianer sein werde. Er schreibt in der "Petite République": "Daß die Bourgeoisrepublik in ihrem Kampfe gegen die sie umschlingende militärische Verschwörung selbst prollantiert, daß sie der sozialistischen Energie bedarf, das ist eine große Thatsache. Welches auch der unmittelbare Ausgang sein mag, es wird ein großes historisches Datum sein, und eine lähne, erodernde Partei darf meines Erachtens nicht diese Anerbietungen des Schicksals, dies Entgegenkommen der Geschicke verschmähen..."

Im übrigen sind zur Stunde die Meinungen in sozialistischen Kreisen über Millerands Eintritt in das neue Ministerium, dessen Kriegsminister Galliffet ist, geteilt. Heute abend wird der sozialistische Verständigungs-Ausschuß über die Lage beraten und Beschluß fassen.

Das Ministerium wird erst am Montag vor der Kammer erscheinen. Es muß sich auf einen heftigen Angriff gefaßt machen. Nicht nur die Nationalisten und Melinisten überhäumen vor Wat gegen das "drehschische", das "veräterische" bzw. "sozialistische" und "revolutionäre" Ministerium, auch manche Radikale können es nicht verschmerzen, daß Walde-Roussieu ihre Parteiführer-Gestaltungen schände getauscht hat. Natürlich verbergen sie ihre elenden Beweggründe hinter dem demokratischen Jorn wider Galliffet. Und doch ist die radikale Partei nicht minder, wie die Leute um Poinecaré, daran schuld, daß Walde-Roussieu schließlich ohne Galliffet kein Kabinett hätte bilden können, nachdem die radikalen Feiglinge Griffon und Bourgeois ihre Mitwirkung verweigert hatten.

Erhebend ist die grenzenlose Wut der prätorianischen Presse, namentlich auch gegen Galliffet. Die Drumont und Rochefort, die unaufröhlich die "Armee" zu einer Wiederholung der blutigen Waiwoche im Interesse der militärischen Verbrechergesellschaft auffordern, appellieren nun aus Volk, an das Proletariat, an die "Söhne der erschossenen Kommandants", gegen das "Kabinett Galliffet" in den Aufstand zu treten... Wenn nur die Wut der Prätorianer durch Galliffets Handlungen gerechtfertigt wird, so kam das Proletariat aufrieden sein, oder — wie Jaurès sagt — fogar "ein gewisses Gefühl bitterer Revanche, eine erste Vergeltung der Geschichte genießen", daß sein ehemaliger Schlächter gezwungen ist, die militärische Reaktion zu bekämpfen...

Ja, alles kommt auf die Handlungen des neuen Ministeriums an. Vielleicht bringen darüber schon die nächsten Stunden Klarheit. Zeigt es sich seiner Aufgabe gewachsen, dann sind seine Feinde einschließlich der verflümmelten radikalen Feiglinge ohnmächtig. Die große Masse der republikanischen Abgeordneten und Senatoren wird ihm treu folgen. Denn eine neue Ministerkrise würde unberechenbare Folgen haben. Sie würde den Abtritt Loubets fast unvermeidlich machen und damit den Triumph der prätorianischen Parteien einleiten. Die große republikanische Mehrheit, die Loubet gewählt hat, wird sich vor dem Sprung ins Dunkle, genauer — in die dunkelste prätorianische Reaktion hüten.

Wir fügen hier die uns heute aus Paris gekommenen telegraphischen Nachrichten an.

Paris, 24. Juni. (Privatdepesche des "Vorwärts"). Die Einigkeit der Sozialisten wird aufrecht erhalten bleiben trotz dem Beschlusse von 13 Mannschaften und Allemanen, wegen des Eintritts von Millerand ins Ministerium im Parlament eine besondere Gruppe zu bilden. Ein sozialistisches Einigungsomitee beschloß nach dem Antrage Jaurès, daß Millerand auf eigene Verantwortung gehandelt habe, daß aber die Partei einig sei im Kampfe zur Verteidigung der Republik.

Die sozialistische Kammerfraktion hatte für Sonnabend abermals eine Versammlung einberufen in der Hoffnung, daß die gestern ausgetretenen Mitglieder angesichts der von Walde-Roussieu den Delegierten der Partei gemachten Versicherungen ihre Demission zurücknehmen würden.

Zu dem unter Vorsitz des Präsidenten Loubet am Freitagabend stattgehabten Ministerrat wurden die allgemeinen Gesichtspunkte der ministeriellen Erklärung, welche am Montag den Kammermitgliedern mitgeteilt werden wird, festgestellt. Der genaue Wortlaut wird in einer am Sonntagvormittag stattfindenden Sitzung bestimmt werden. Die Erklärung wird dem Vernehmen nach sehr kurz sein und wird hervorheben, daß das Kabinett sich insbesondere zu dem Zweck gebildet hat, um die republikanischen Institutionen zu verteidigen.

Paris, 24. Juni. Ministerpräsident Walde-Roussieu sandte ein Rundschreiben an die Präsekte, welches besagt: Das jetzige Ministerium ist gebildet worden, um der von der Kammer am 12. Juni angenommenen Tagesordnung zu entsprechen. Das Ministerium hat die Aufgabe übernommen, die Republik zu verteidigen, eine Aufgabe, welche den Parteigeist ausschließt. Das genügt, um Ihnen Ihr Verhalten vorzuzeichnen. Sie haben mir über jeden Vorgang Mitteilungen zu machen, welcher eine Verletzung des Gesetzes und eine Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben könnte. Sie werden nötigenfalls auf Ihre eigene Verantwortlichkeit und zwar ohne Verzug zu handeln haben.

General Galliffet richtete an die Kommandierenden Generale der Armeekorps ein Rundschreiben, in welchem es heißt: "Zu meinem großen Bedauern habe ich aus meiner Zurückgezogenheit herauszutreten müssen, um gegenüber dem Lande und der Regierung der Republik die Verantwortlichkeit für die Armee zu übernehmen und ich empfinde hierüber großen Stolz, durchaus keinen Schrecken. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß ich für die Führer der Armee die Verantwortung trage, wie diese mir gegenüber mit ihrer Person für alles haften, was sich innerhalb ihres Wirkungskreises ereignet. Ich zähle also auf Sie, wie Sie auf mich rechnen können."

Im Ministerrat kündigte Galliffet die Verlegung der Generale und Offiziere an, welche sich disziplinwärtiger Kundgebungen schuldig gemacht haben. Der Ministerpräsident Walde-Roussieu ernannte Lepine zum Polizeipräsidenten anstatt Blancs, welcher zum Staatsrat ernannt wurde.

Dem General Roge soll das Kommando der 28. Infanterie-Brigade in Velfort übertragen werden.

Déroulède, welcher übermorgen in Versailles anlässlich der Hofesfeier ein Meeting veranstalten wollte, wurde verboten, auf einem öffentlichen Plage eine Rede zu halten.

Paris, 24. Juni. Die meisten republikanischen Organe erklären, daß die im gestrigen Ministerrat beschlossenen Maßnahmen in den Kreisen der republikanischen Deputierten einen guten Eindruck hervorgerufen hätten, und daß das Ministerium auf mindestens dreihundert Stimmen rechnen könne. Einzelne gemäßigte und nationalistische Blätter halten es allerdings für möglich, daß das Ministerium gleich in der ersten Sitzung der Kammer unterliegen werde.

Friedensschluß im Baugewerbe.

Wie unsere Leser an anderer Stelle nachlesen können, trat gestern das Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts zusammen, um über den Konflikt im Baugewerbe zu verhandeln und eine Einigung zu versuchen. Diese Einigung ist gelungen, denn es ist wohl zweifellos, daß die Arbeiter dem zustimmen werden, was ihre berufenen Vertreter mit den Arbeitgeberern vereinbart haben. Die Arbeitnehmer haben von ihrer Forderung von 65 Pf. pro Stunde zwar abgelassen, nichtsdestoweniger bedeuten die getroffenen Vereinbarungen für sie eine große Errungenschaft. Im nächsten Jahre bereits werden die Vollgestellten den 65 Pfennig-Stundenlohn erhalten, ohne daß sie aufs neue darum zu kämpfen haben werden. Die Unternehmer haben mit der Bewilligung desselben auch anerkannt, daß die neuesten Lohnforderungen der Arbeiter nichts weniger, als frivol seien. Ihrem Einwande, daß sie den Lohn jetzt, nachdem sie die Voranschläge gemacht, nicht zahlen könnten, ist mit der stufenweisen Einführung des 65 Pf. Lohnes begegnet worden. Gegen die Lohnhöhe selbst, die in den Verhältnissen des Baugewerbes ihre volle Berechtigung findet, konnte in der That von den Vertretern der Unternehmer nichts Wesentliches angeführt werden.

Die Vereinbarungen, die nun auf längere Zeit die Lohnhöhe festlegen, und deren Aenderung von jedesmaligen Verhandlungen zwischen beiden Parteien abhängig gemacht sind, bringen für beide Teile nicht zu verachtende Vorteile. Die Unternehmer werden nicht mehr die geringste Geschäftslause zu einem Lohn druck ausnützen dürfen, sie haben auf der anderen Seite auch nicht zu gewärtigen, daß die gute Konjunktur die Arbeiter sofort zu Lohnforderungen anreizen könnte. Es wird ein stabileres Verhältnis platzgreifen, die Unternehmer haben feste Unterlagen für ihre Voranschläge, sie haben auch nicht zu befürchten, daß sie, um mit Herrn Westphal zu reden, "eigeln abgeschlachtet werden". Die Arbeiter haben nicht mehr jahraus, jahrein bei jedem Bau fast täglich um ihre Forderungen von Neuem zu kämpfen, die Kleinkämpfe, die aufreibend, kraftvergehend wirken, können eingestellt werden.

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird darum nicht aufgehört, aber er nimmt andere Formen an, wird auf einer höheren Stufe geführt. Darum müssen die Arbeiter die Lehre ziehen, daß sie nach wie vor treu zu ihrer Organisation halten, daß sie helfen, dieselbe zu stärken und zu festigen. Denn das, was sie erreicht haben, wurde ihnen nicht um ihrer schönen Augen willen gegeben, sondern nur, weil sie das Gewicht einer nicht zu unterschätzenden Macht, das ihrer Organisation in die Waagschale zu werfen hatten. Die Unternehmer fanden wir weit konzilianter, im allgemeinen weit entgegenkommender, als die der Metallindustrie gelegentlich des Formestreits, wir würden ihnen aber doch ein unverdientes Lob zusprechen, wenn wir dies auf ihre größere sozialpolitische Einsicht zurückzuführen wollten. Rein, sie wissen, daß ihnen in den organisierten Arbeitern eine verhältnismäßig starke Macht gegenübersteht; hierzu kommt natürlich die Verschiedenartigkeit der beruflichen Verhältnisse, geringere Konzentration des Kapitals usw. Die Organisation wird auch nicht etwa überflüssig durch die Vereinbarungen, im Gegenteil, sie wird erst recht notwendig, ihre Stärke bietet erst die Garantie für die Aufrechterhaltung des Erreichten.

Und auch die Schornmacher können eine Lehre aus den Verhandlungen ziehen. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiter, wie immer, zu einer Einigung bereit waren, durch die "Wähler und Geher" wurde erklärt und nachgewiesen, daß sie schon längst gewesen sind; auch hier waren es bisher die Unternehmer, die "Gerren im eigenen Hause" sehr wollten und Unterhandlungen strikte ablehnten. Die Führer der Arbeiter zeigten sich entgegenkommend, ohne dabei sich und ihren Organisationen etwas zu vergeben, nüchtern und ruhig, im Vollgefühl ihrer Kraft wurde von ihnen die Unterhandlung gepflogen. Auch dem Vorstehen und dem Bestehen des Einigungsamtes muß nachgerühmt werden, daß sie mit Geschick und großem Takt bestrebt waren, die Verhandlungen zu gutem Ende zu führen. Und so ist hier ein Friede — hoffentlich für viele Jahre hinaus — herbeigeführt, ein Kampf beseitigt, der ganz gewaltige Dimensionen hätte annehmen können, durch eine Institution, die denen um Stumm schon immer ein Dorn im Auge gewesen, die sie je eher, je lieber wieder beseitigen möchten. Sie sind es, die den Frieden nicht wollen, sie

vertreten den brutalsten Herrenstandpunkt, der in dem Arbeiter nichts sieht als einen willenlosen Sklaven, den auszubeuten ihr uneingeschränktes Recht sein und bleiben müsse. Darum werden auch die Schafmacher wenig Freude an dem Resultat der gestrigen Verhandlungen haben.

Die Arbeiter aber, sofern sie das Erzeugene verstehen festzuhalten und auszubauen, werden den gestrigen Tag nicht zu bereuen haben.

Partei-Nachrichten.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Kühn** in Langenbielau wurde wegen Verleumdung eines Schussfabrikanten in Landsbut i. Schl. zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die in einem Artikel des „Proletarier“ behaupteten Thatsachen wurden im allgemeinen als richtig anerkannt, die Verleumdung aber in der Form gefunden.

— **Weil er in seinem Gasthose socialdemokratische Versammlungen** geduldet, sollte einem Wirte in der Gegend die Konzession für einen neu erbauten Gasthof verweigert werden. Der angerufene Bezirksausschuss in Breslau erteilte ihm jedoch die Konzession mit der Begründung, daß die Abhaltung socialdemokratischer Versammlungen kein gesetzlicher Grund zur Konzessionsverweigerung sei.

— **Wegen Verleumdung eines Gemeindevorstandes** wurde Genosse Dayer in Dresden als verantwortlicher Redacteur des dort erscheinenden „Volkstribunes“ vom Schöffengericht in Lommahsch (fliegender Gerichtsstand) zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Holzarbeiter. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Firma Wiefenthal in Friedrichsberg die Listenmacher streiken. Bis jetzt hat sich kein Streikbrecher gefunden. Zugang ist auch weiter fernzuhalten.

An die Kupferschmiede Berlin! Laut Versammlungsbeschlüssen finden neben den regelmäßigen Sammlungen zum Dispositionsfonds auf besonders kenntlich gemachten Listen freiwillige Sammlungen statt. Die gegenwärtigen Ausparierungen und Streiks bedingen eine stärkere Belastung unseres Dispositionsfonds und ersuchen wir alle Kollegen, sich rege an den Sammlungen zu beteiligen. Die Vertrauensmänner wollen deshalb die mit dem Stempel des Vertrauensmannes versehenen Listen von ihren Bezirksassessoren in Empfang nehmen. Der Vertrauensmann.

Achtung, Tapezierer! Bei der Firma Jakob u. Braunfisch, Alexanderstr. 27a, haben heute sämtliche 20 Mann die Arbeit niedergelegt, indem die Unternehmer den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes verweigern und einen Kollegen wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Wir fordern die Kollegen auf, unter allen Umständen die Werkstatt zu meiden. Alles Nähere in der Versammlung am Dienstag. (Siehe Annonce.) Die Agitationskommission. J. A. Leo Schmidt.

Die Wahlen zum Schiffsbauverein der Malerinnung sind am 23. Juni in den Arminköllen vollzogen worden. Die Kandidaten der Gewerkschaftsorganisation wurden von den circa 500 anwesenden Schiffen einstimmig gewählt.

Am 27. Juni findet, wie bei dieser Gelegenheit vom Kollegen Link mitgeteilt wurde, in Frenkers Sälen, Alte Jakobstraße, eine öffentliche Malerverammlung statt.

Deutsches Reich.

Zum Torgelower Metallarbeiter-Streik. Die Zahl der Ausständigen beträgt zur Zeit 300. Im Streik befinden sich davon 107 Mann wegen der geringfügigen Lohnforderungen bei der Firma W. L. Sauer u. Co. Der Rest von 202 Mann ist zum Teil ausgesperrt, ohne daß irgendwelche Forderungen gestellt wären, zum Teil haben die Leute selbst gekündigt, weil man ihre organisierten Kollegen aussperrte. An der Unterstützung sind beteiligt: Der Deutsche Metallarbeiter-Verein mit 101, der Centralverein der Former mit 70, der Gewerksverein (Hirsch-Dumder) mit 37 Mann. Noch nicht unterstützungsberechtigt — wegen zu kurzer Mitgliedschaftsdauer — sind 101 Mann, welche aus gemeinschaftlich durch Sammlung aufgetriebenen Mitteln unterstützt werden.

Der Stand des Streiks ist sehr günstig. Bis heute steht die Fabrik von W. L. Sauer und Co. vollständig still, nicht ein Mann arbeitet. Streikbrecher aus den Reihen der Ausständigen sind nicht vorhanden; Zugang von außerhalb ebenfalls nicht. Heute, Sonnabend, ist die Kündigungsfrist der Arbeiter bei der Firma Penzel u. Co. ebenfalls abgelaufen, und werden noch 90—100 Mann Ausständige dazu kommen. Auch diese Fabrik kommt zweifellos zum vollständigen Stillstand. In 5 kleineren Fabriken arbeiten die Unternehmer mit Lehrlingen und je 3—4 Arbeitswilligen. Es werden damit etwa 10—15 Proz. der bisherigen Tagesproduktion fertiggestellt.

Wie fast überall steht die Polizei im Dienst der Unternehmer. In der gestrigen, Freitag, abgehaltenen Versammlung ließ sich der überwachende Gendarm trotz aller Bemühungen nicht abbringen, auch eine „Rede“ zu halten. Er erklärte, daß das Streikpostenstehen eine ungesetzliche Handlung sei. Als ihm das widerlegt wurde, erzwang er durch sein vorzügliches Organ sich nochmals Mühe zu einer zweiten Rede, in der er die vorher aufgestellte Behauptung wiederholte mit dem Hinzufügen, daß seine Instruktionen dementsprechend lauten! Welcher gesetzlichen Vorgehensweise mag dem Manne seine Instruktion gegeben haben? H. A. W. G. Die Torgelower danken den Kollegen in ganz Deutschland für die bewiesene Solidarität und bitten dringend, den Zugang wie bisher streng fernzuhalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Streik der Former in Leipzig hat bereits eine Arbeitseinstellung in der Dresdener Gegend zur Folge gehabt. In der Eisenfabrik von Alex. Schmidt in Göln-Schella legten am Donnerstag sämtliche Former, 20 Mann, die Arbeit nieder, weil sie Arbeit für Leipziger Firmen machen sollten, bei denen gestreikt wird.

Vom Maurerstreik in Augsburg. Die Unternehmer sprengen außerhalb der Mauer die Nachricht aus, daß der Streik beendet sei und suchen unter der Angabe, daß 40—45 Pf. Stundenlohn bezahlt würden, Maurer von auswärts anzulocken. Vom Streikomitee wird und mitgeteilt, daß der Streik, in dem ein Minimallohn von 40 Pf. gefordert wird, noch unverändert fort dauert. Der Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Der Unternehmerverband für das Maurer- und Zimmerergewerbe in Bremerhaven droht den streikenden Maurern und Zimmerern mit Aussperrung bis 1. April nächsten Jahres, wenn sie bis Montag die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die übrigen Unternehmer der Unterverseorte erklären sich mit den Bauunternehmern solidarisch.

Der Streik der Steinarbeiter in Gommern bei Magdeburg ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet worden.

Der Streik der Tischler in Meisa ist in der Hauptsache von Erfolg gewesen. Die Mehrzahl der Unternehmer haben die zehnstündige Arbeitszeit und 15prozentige Lohnerhöhung bewilligt, und dazu auch ihre Unterschrift gegeben. Einige Unternehmer haben aber noch nicht nachgegeben und suchen Arbeiter in auswärtigen Blättern. Zugang ist daher noch fernzuhalten.

Sechs Wochen Gefängnis beantragte der Amtsanwalt vor dem Schöffengericht in Offenbach gegen einen Sattler, der vor einem Arbeitswilligen ausgesperrt und dabei „Psiu Teufel“ gerufen hatte. Das Schöffengericht erkannte zwar nur auf 5 Tage Gefängnis, aber hoch genug ist doch wahrlich auch diese Strafe noch.

Ausland.

Der Textilarbeiter-Streik in Bräun ist beendet. Das „Wolfsche Telegraphen-Bureau“ meldet:

Rach mehrstägigen, unter dem Vorsitz des Statthalters abgehaltenen Besprechungen des ständigen Ausschusses der Wolllandindustriellen und der ausländischen Textilarbeiter ist durch Annahme der Einigungsverschlüsse des Statthalters ein Einvernehmen erzielt, durch welches der Ausstand beendet ist. Die Arbeit wird am Montag aufgenommen. Sämtliche Betriebe der Textilindustrie, ausgenommen die Streichgarn- und Wigognespinnereien führen eine 10 1/2 stündige tägliche Arbeitszeit ein, ausgenommen sind die Sonnabende, an denen die Arbeit um 5 Uhr nachmittags endet. Es wurde vereinbart, daß es den Streichgarn- und Wigognespinnereien freisteht, eine gleiche Arbeitsdauer einzuführen; andernfalls ist dieselbe nur für die Accorbarbeiter gültig, während für die übrigen Arbeiter die bisherige Arbeitsdauer bestehen bleibt. Den im Tagelohn beschäftigten Arbeitern ist eine Lohnerhöhung von fünf Kreuzern pro Tag zugesichert. Nach Wiederaufnahme der Arbeit ist auch den Accorbarbeitern eine Lohnerhöhung zugesagt. Die Arbeitsordnung wird entsprechend den neuen Bestimmungen abgeändert. In Spinnereien und Appreturen wird die Nacharbeit von Sonnabend auf Sonntag, falls es von den Arbeitern gewünscht wird, aufgehoben. Weiterhin wird bezüglich der Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Ausstand Generalpardon erteilt.

Es ist danach also ein Nachgeben auf beiden Seiten. Die Arbeiter haben zwar die zehnstündige Arbeitszeit noch nicht erreicht, immerhin aber ist ein Schritt in dieser Richtung gemacht worden und die volle Erreichung des zehnstündigen Tages ist daher nur noch eine Frage der Zeit. Man kann wohl unbedenklich annehmen, daß es den Fabrikanten auch nicht mehr um die angeblichen finanziellen Nachteile des zehnstündigen Tages zu thun war, sondern nur noch darum, nicht allen Forderungen der Arbeiter nachzugeben; es ist der dumme Unternehmerhochmut, der es als eine Demütigung empfindet, selbst so berechnete und geringfügige Forderungen der Arbeiter, wie die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, rücksichtslos zu bewilligen.

Besondere Bedeutung gewinnt der Kampf der dortigen Arbeiter durch die Art, wie er geführt wurde. Noch niemals ist nämlich ein Streik in dortiger Gegend ohne Blutvergießen beendet worden. Der jetzige Kampf aber ist trotz der in letzter Zeit ziemlich provokatorisch gewordenen Haltung der Polizei in vollster Ordnung zu Ende geführt worden. Und, obwohl nur ein Teil der Arbeiter organisiert war und im Anfang fast gar keine Mittel zur Verfügung standen, hat dieser wochenlange Kampf bei 12 000 Streikenden nur erst in den letzten 3 Tagen eine ganz verschwindend geringe Zahl von Streikbrechern zu verzeichnen. Der Streik bietet so ein anerkanntes Beispiel von Disziplin und Solidität, das auch für die Zukunft fortwirken wird.

Im schwedischen Holzarbeiter-Konflikt hatten die Arbeiter des Sundsvall-Distriktes nochmals weitestgehende Anerbietungen gemacht. Es sollte ein Kongreß des Verbandes sofort berufen werden und der Austritt des Verbandes aus der socialdemokratischen Partei beantragt werden — die Hauptforderung der Arbeiter. — Würde derselbe nicht beschloffen, so wollten die Sundsvall-Vokalverbände aus dem Centralverband austreten. Sie verlangten dafür Frist bis zum 15. Juli — (kurz genug). Außerdem wollten sie zugestehen, daß die Arbeiter in erster Reihe ihre Forderungen selbst den Arbeitgebern vorzutragen sollten, und endlich, daß die Arbeitgeber sich nur verpflichten sollten, in die Balancen ausgesperrte Arbeiter in erster Reihe einzustellen und die verabschiedeten nicht in „Schwarze Listen“ aufzunehmen. Man sieht, die der Arbeitslosigkeit überdrüssigen Arbeiter boten fast eine völlige Unterwerfung an. Dennoch lehnten die Arbeitgeber selbst dieses Entgegenkommen ab. Sie fordern sofortigen Austritt aus der Landesorganisation oder dem Verbands, Änderung der Statuten. Der Kampf dauert fort.

Gründlich hineingefallen sind die Diamantschleifmeister in Antwerpen mit ihrem vor 14 Tagen gefaßten Beschluß, am 19. d. M. alle ihre Arbeiter auszuschließen. Die Ausschließung hat nämlich nur einen Tag gedauert; es waren 272 Arbeiter davon betroffen, und sie geschah nur bei denjenigen Meistern, welche in diesem Moment keinen rohen Diamant besaßen und bei einigen ganz unbedeutenden Firmen.

Ursache dieser schmachvollen, doch wohlverdienten Niederlage ist das treue Zusammenhalten der Arbeiter. In einer am 18. Juni abgehaltenen Versammlung, welche von mehr wie 2000 Arbeitern besucht war, wurde beschloffen, falls die Meister ihren Beschluß durchführen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Meister den Achtundzestwäg bewilligen. Da haben die Herren ein, daß sie die Macht der Arbeiter unterschätzt hatten und hoben ihren Beschluß auf, wodurch ihnen, was den Achtundzestwäg betrifft, nur eine kleine Geldstrafe gewährt ist. (Wiederholt.)

Unternehmer-Verbände.

Ein Verband der südwestdeutschen Möbelfabrikanten ist in Stuttgart gegründet worden. Der Verband charakterisiert sich als eine Vereinigung zum Zweck der Unterdrückung der Arbeiterorganisation und hat damit die moralische Verächtlichkeit, die man ihm sonst keineswegs absprechen könnte, vollständig verwirkt. Aus dem Statut seien folgende Bestimmungen mitgeteilt. Nach § 2 stellt sich der Verband die Aufgabe:

b) In Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Ausgleich anzustreben und womöglich eine beide Teile befriedigende Vermittlung herbeizuführen; c) Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben und zu diesem Zweck geplante Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen; d) Einseitiges Handeln in allen Fragen, welche für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von grundsätzlicher Bedeutung sind, z. B. Maximalarbeitszeit, Minimallohn, Abschaffung der Accorarbeit, Arbeiterseiertage, Arbeitsordnungen usw.

§ 22. In allen das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffenden Angelegenheiten haben sich die Mitglieder des Verbandes nach dem Grundgesetz zu richten, daß jedes einzelne Mitglied des Verbandes stets nur mit seinen eigenen Arbeitern oder mit einem von diesen selbst aus ihrer Mitte gewählten Ausschuss zu verhandeln hat, daß dagegen Verhandlungen mit irgend welchen nicht zu der eigenen Arbeiterschaft gehörenden Mittelpersonen abzulehnen sind. Sollten derartige Verhandlungen erforderlich werden, so werden sie ausschließlich durch den Verbandsvorstand geführt.

§ 24. Wird in einer Verbandsversammlung von Seiten der Arbeiter ein Ausstand oder eine Sperre erklärt, so ist dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen. Dieser soll alsdann baldigst eine Untersuchung einleiten, welche Klarstellt, ob und inwieweit den Arbeitgebern ein Verschulden trifft. Alsdann hat der Vorstand eine Sitzung des Ausschusses einzuberufen. Der betreffende Arbeitgeber ist berechtigt, den Sitzungen des Ausschusses der Regel nach beizuwohnen, jedoch ist der Vorstand befugt, auch Sitzungen ohne dessen Zustimmung abzuhalten oder ihn zeitweise entfernen zu lassen. Ist der beteiligte Arbeitgeber selbst Mitglied des Ausschusses, so steht ihm bei der Beschlussfassung kein Stimmrecht zu.

Erklärt der Ausschuss den Streik für nicht berechtigt, so hat der Vorstand das Verzeichnis der beteiligten Arbeitnehmer sofort sämtlichen Verbandsmitgliedern mitzuteilen. Nach erfolgter Mitteilung darf kein Verbandsmitglied einen streikenden Arbeiter in seinem Betrieb beschäftigen und muß einen aus Versehen eingestellten Arbeiter alsbald wieder entlassen und zwar so lange, bis von dem Vorstand bekannt gemacht wird, daß einer Beschäftigung der beteiligten Arbeiter bei den Mitgliedern des Verbandes nichts mehr im Wege steht.

Findet eine Verlegung des Ausstandes nicht statt, so hat der Vorstand das Recht, die in der notleidenden Fabrik vorliegenden

Aufträge auf die übrigen Fabriken zu verteilen, während letztere verpflichtet sind, dieselben mit gleicher Sorgfalt wie ihre eigenen Aufträge auszuführen, soweit dies nach der Natur der Sache ohne besondere Schwierigkeit oder Benachteiligung des eigenen Betriebes geschehen kann.

Sollten die Arbeitnehmer derjenigen Firma, welcher die Ausführung der Arbeit übertragen worden ist, sich weigern, die Arbeit auszuführen, so sind dieselben zu entlassen.

Für Zuwiderhandlungen werden Conventionalstrafen von 20 M. bis 5000 M. festgesetzt.

Die verwerfliche Brutalität an diesen Satzungen ist, daß die Unternehmer für sich allein das Recht der Organisation in Anspruch nehmen, die Organisation der Arbeiter aber vernichten wollen, daß sie allein über die Berechtigung eines Streiks entscheiden wollen und die Arbeiter sich dem widerspruchslos fügen sollen und daß die Arbeiter, die nicht mitreden dürfen, entlassen werden sollen, wenn sie sich weigern, die Arbeit der Streikenden auszuführen. Gegen diesen Terrorismus werden die Arbeiter ohne Ausnahme aufzutreten und im Kampfe dagegen den Arbeitern der Verbandsfirmen nach jeder Richtung ihre Unterstützung leihen.

Sociales.

Arbeiterrisiko. Im Dubraver Antimon-Bergwerk bei Liptoszent-Miklos (Ungarn) stürzte ein Schacht ein, zahlreiche dort arbeitende Bergleute begrubend. Die Rettungsarbeiten wurden sofort begonnen. Die Anzahl der im Schachte befindlichen Verunglückten konnte bisher nicht festgestellt werden. (Wiederholt.)

Sociale Rechtspflege.

Eine Warnung für Bergleute. Der Bergmann Kempf hatte entgegen einem Verbot die Fördererleite zum Fahren benutzt und war dabei verunglückt. Die Anknappschäfts-Vereinsgenossenschaft verweigerte ihm die verlangte „Unfallrente“, nachdem zwei Leute beklundet hatten, daß sie ihn ausdrücklich vor dem Verleiten der Schale gewarnt hätten. R. legte Berufung ein und hatte damit auch Erfolg. Das Schiedsgericht verurteilte die Genossenschaft und führte begründend aus: Zur Vorenthaltung der Rente genüge es nicht, daß dem Kläger das Verbot bekannt gewesen sei; das Verbot hätte auch wirksam gehandhabt werden müssen. Daß die wirksame Handhabung gefehlt habe, gehe aus einigen Auslagen hervor, wonach die ganze Verleschaft mit der Fördererleite gefahren sei. Die Berufsgenossenschaft ergriff nunmehr das Rechtsmittel des Rekurses. Das Reichs-Versicherungsamt veranstaltete dazu noch eine Beweisaufnahme. Diese ergab, daß vor dem Unfall des Klägers drei Bergleute wegen unbefugter Benutzung der Fördererleite mit je drei Mark bestraft worden waren. Ein Anschlag im Markenhause hat dies auch den durchgehenden Bergleuten bekannt gegeben. Der mit der Aufsicht betraute Beamte will sich ferner stets bemüht haben, die Schuldigen abzufassen. Ein anderer Zeuge sagte aus, die Steiger hätten stets eine genaue Beobachtung der Betriebsvorschriften verlangt. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt das Rekursgericht das Verbot für genügend wirksam gemacht; es wies deshalb den Kläger unter Aufhebung der Berufung mit seinem Rentenanspruch ab. Da das Verbot wirksam gewesen sei, müsse angenommen werden, daß R. sich durch eine verbotswidrige Handlung außerhalb des Betriebes gesetzt habe.

Gerichts-Beilage.

In dem Verfahren gegen die Mitglieder des „Klubs der Harmlosen“ räumen sich immer neue Schwierigkeiten auf. Einer der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, hatte ein hiesiges Privat-Detektivinstitut damit beauftragt, über das Vorleben eines Hauptbelastungszugens, des Dr. phil. K., Erkundigungen einzuziehen. Dr. K. soll zuerst der Polizei Enthüllungen über das Treiben im Klub der Harmlosen gemacht haben, angeblich um sich dafür zu rächen, weil ihn die Gesellschaft nach ihrer Ueberfiedelung in das Central-Hotel „abzuwimmeln“ suchte. Nun hat das Institut ihrem Auftraggeber mitgeteilt, daß Dr. K. sich ins Ausland begeben hat und nicht eher zurückkehren gedenkt, bis der Spielerprozess ohne seine Beteiligung zu Ende geführt worden ist. Ein zweiter im Auslande weilender Zeuge, Graf Sch., hat auf die Anfrage des Gerichts, ob er einer Vorladung zum Termine Folge geben würde, gar nicht geantwortet. Da es kein Mittel giebt, im Auslande weilende Zeugen zum Erscheinen zu zwingen, so beschränkt man, daß der Prozess dem man allseitig mit Spannung entgegensteht, einen weiteren Aufschub erleben wird.

Zur Verrohung der gebildeten Jugend. Zwei Angehörige der Burschenschaft Teutonia hatten am 21. Januar d. J. in Darmstadt einen Photographen in der Trunkenheit gröblich beschimpft und darauf veracht mit einem Stock mißhandelt, daß dem Unglücklichen ein Auge anstieß. Gegen die beiden Studenten namens Kopf und Oheim wurde dieser Tage vor der Strafkammer in Darmstadt verhandelt. Das Urteil lautete gegen Kopf unter Annahme mildernder Umstände, die in der hochgradigen Betrunketheit, dem jugendlichen Alter und der bisherigen Unbestraftheit erlöset wurden, auf acht Monate zwei Wochen Gefängnis, wovon vier Monate zwei Wochen durch die sechsmonatige Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. Oheim wurde, da ein Schuldbeweis durch die Verhandlung nicht erbracht sei, freigesprochen.

Versammlungen.

Der Socialdemokratische Arbeiterverein für Stralsund, Rummelsburg und Umgegend hielt am 21. Juni eine gut besuchte Versammlung ab. Genosse Dr. Freudenberg hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Tuberkulosen-Kongresses für die Arbeiterschaft, der mit großem Interesse aufgenommen wurde, woran sich eine rege Diskussion schloß. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß am 15. Juli eine Reichspartei nach Dudaow stattfindet und fordert die Genossen auf, sich recht rege daran zu beteiligen. Genosse Berger stellte den Antrag, die Broschüre „Die Bekämpfung der Schwindsucht“ an die Mitglieder zu verteilen, was einstimmig angenommen wurde. Zum Schluss ehrte die Versammlung das Andenken des langjährigen Mitgliedes Wilhelm Forger durch Erheben von den Plätzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stettin, 24. Juni. (W. S.) Unter Benutzung des heutigen günstigen Wasserstandes ist der Lloyd-Dampfer „Kaiserin Maria Theresia“ von der Insel Rügen im Haff abgelaufen und heute nachmittags 4 Uhr an der Werft des „Wulkan“ angekommen, woselbst er ins Dock genommen und die Reparatur ausgeführt wird.

Budapest, 24. Juni. (W. S. B.) Abgeordnetenhaus. Bei Schluß der Generaldebatte über den Ausgleich ergriff Ministerpräsident von Szell das Wort zur Widerlegung der geäußerten Versicherung, daß die von Seiten Oesterreichs zugesicherte Reciprocität leichtem Verlezt werden würde. Szell gab zwar zu, daß eine gewisse Unsicherheit dadurch entstehen sei, daß der Ausgleich in Oesterreich auf Grund des Paragraphen 14 ins Leben trete. Man könne jedoch zuversichtlich hoffen, daß bei dem Zusammentritt des Reichsrates dieser die Ausgleichs-Verordnungen gutheißen werde, da dadurch die wichtigsten Interessen Oesterreichs beachtet würden.

Bukarest, 24. Juni. (W. S. B.) Die außerordentliche Session des Parlaments wurde heute in Anwesenheit des diplomatischen Corps, der Civil- und Militärbehörden und eines zahlreichen Publikums eröffnet.

Die Berliner Maurer vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt.

Im Bürgerhause des Rathhauses versammelten sich Sonnabendvormittag um 10 Uhr zahlreiche Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Berliner Baugewerbes, um den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beizuwohnen.

Die eine Seite der Streitigen war für die Arbeiter, die andere für die Arbeitgeber reserviert. Am Gerichtstisch saßen die Richter: der Vorsitzende Magistrats-Assessor von Schulz, Fabrikant Weigert und Fabrikant Dr. Gerschel als Arbeitgeberbeisitzer; Former K. O. R. S. e. n und Steinseger Knoll als Arbeitnehmer-Beisitzer. In den vorderen Reihen hatten die Vertreter der streitenden Parteien Platz genommen, zu ihnen zählten unter den Arbeitern auch Bömelburg, der Vorsitzende des Centralverbandes der deutschen Maurer, und Willarz, der Vertreter der Berliner Gewerkschaften.

Assessor v. Schulz fragte zunächst die Versammelten, ob sie öffentlich verhandeln wollten, was bejaht wurde, und stellte dann fest, daß die Initiative zu den Einigungsverhandlungen weder von den Arbeitnehmern noch von den Arbeitgebern ergriffen worden sei, sondern von dem Arbeitgeberverein des Gewerbegerichts. Es sei erfreulich, daß beide Teile schließlich dem Ersuchen des Gewerbegerichts Folge geleistet haben und die Verhandlung so schnell zusammengetreten sei. Er hoffe, daß die Verhandlungen für beide Teile zu einem gleich ehrenvollen Frieden führen werden.

Als Sprecher traten für die Arbeitgeber Baumeister Döbler, Baumeister Westphal und Baumeister Lachmann, für die Arbeiter Maurer Silbermann, Maurer Kater-Verlin und der Verbandsvorsitzende Bömelburg-Hamburg auf.

Zunächst wurde Silbermann mit dem Wort verstattet. Er führte etwa aus: Die Aussperrung der Maurer hat den Anlaß zu dieser Verhandlung gegeben. Ich will mir erlauben, eine Darlegung der Maurerbewegung in den letzten Jahren zu geben. Schon im Jahre 1889 verlangten die Maurer einen Stundenlohn von 60 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit, und diese Forderung wurde auch von zwei Dritteln der Maurer errungen. Bis zum Jahre 1890 ging dann der Lohn auf 50 Pf. pro Stunde bei 10 stündiger Arbeitszeit zurück. 1890 forderten die Maurer neunstündige Arbeitszeit und 65 Pf. Lohn. Sie wurden damit abgewiesen und mußten in den Streit eintreten. Im Jahre 1897 wurde die Forderung auf 60 Pf. pro Stunde erhöht. Die Forderung wurde schriftlich stipuliert und sowohl dem Bunde wie den einzelnen Unternehmern mit der Bitte um mündliche Verhandlungen mitgeteilt. Letztere wurde abgelehnt, die Arbeiter mußten wieder zum Streik schreiten, der denn auch teilweise mit sehr großem Erfolge durchgeführt wurde. 1898 wurden keine neuen Lohnforderungen erhoben. Man begnügte sich damit, die Forderung vom Vorjahr möglichst allgemein durchzuführen. Auch im Herbst 1898 dachte man an keine Erhöhung des Lohnes, wohl aber suchte man den 60 Pf.-Stundenlohn durch Vereinbarung mit den Unternehmern festzusetzen. In diesem Zwecke begegneten sich auch eine Anzahl Arbeitgeber mit uns. Anfang Januar 1899 richteten wir an die Leitung des Arbeitgeberbundes die Bitte, mit uns über die Tarifgemeinschaft zu verhandeln. Am 16. Januar belamen wir den Beschäftigten, daß sich die Arbeitgeber nur auf schriftliche Verhandlungen mit uns einlassen wollten, und obwohl es uns klar war, daß die Arbeitgeber nur deshalb auf mündliche Verhandlungen nicht eingehen wollten, weil dies als Anerkennung unserer Organisation hätte ausgelegt werden können, fügten wir uns diesem Verlangen und reichten unsere Forderungen schriftlich ein. Die Forderungen betrafen die Regelung der wintereigenen Arbeitszeit nach der Tageslänge, einen Stundenlohn von 60 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit, erhöhte Bezahlung der Ueberstunden, wo diese sich bei Gefährdung von Leben und Gesundheit notwendig zeigten, bessere Instandhaltung der Gebäude und Aborte und schließlich — die Hauptsache — die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission, der die Entscheidung über alle Differenzen obliegen sollte. Von den Arbeitnehmern wurden diese Forderungen strikte abgelehnt. Der Lohn, hieß es in dem Schreiben, müsse stets nach der jeweiligen Arbeitsleistung des betreffenden Arbeiters bemessen werden, die Arbeiter sollten sich einem nur aus Arbeitgebern bestehenden Schiedsgericht unterwerfen. Einem solchen einseitigen Schiedsgericht werden die Arbeiter niemals ihre Zustimmung geben. Ebenso mußten wir diese Art der Lohnfestsetzung bekämpfen und wurden wieder auf den Weg der Selbsthilfe gedrängt. Wir belagerten nicht das, was geschehen ist, aber die Verantwortung für alle Streiks seit dem Jahre 1890 tragen allein die Arbeitgeber. Wir haben jetzt einen Stundenlohn von 65 Pf. verlangt. Wie berechtigt und notwendig diese Forderung war, geht aus dem Umstand hervor, daß eine Anzahl von Firmen, die bisher weniger als 60 Pf. bezahlten, sofort nach Auffstellung unserer Forderung 60 Pf. bewilligt haben. Die Bauarbeiter Deutschlands haben mit der jetzigen Lohnforderung nichts zu thun, sie ist durchaus lokaler Natur. Auch die Behauptung der Arbeitgeber, daß der Bauarbeiter-Kongress im März diesen Streik schon vorbereitet habe, ist unrichtig. Dieser Kongress behandelte nicht mit einem Wort die Lohnfrage, sondern nur den Arbeiterschutz. Die Unternehmer behaupten, wir wollten jetzt 75 Pf. Stundenlohn und achtstündige Arbeitszeit durchsetzen. Davon ist ebenfalls keine Rede. Der Achtstundentag ist zwar unser aller Ideal, aber an seine Erreichung in den nächsten Jahren kann nur jemand denken, dem nicht ganz richtig im Oberfähigen ist. Die Forderung eines Stundenlohnes von 65 Pf. wemig ist völlig berechtigt, wenn man bedenkt, daß fleißige Maurer durchschnittlich nur 230 Arbeitstage haben. (Widerpruch bei den Arbeitgebern.) Wenn heute ein Maurer 1200 M. jährlich verdient, kann er den in Berlin gestellten Anforderungen kaum genügen, denn 20 Prozent davon verschlingt allein die Wohnungsmiete. Wir halten unsere Forderungen also für berechtigt und müssen besonders auf die Einsetzung einer gleichgliedrigen aus beiden Seiten zusammengesetzten Kommission bestehen.

Baumeister Döbler findet, daß Silbermann in gereiztem Tone gesprochen habe, daß ein solcher aber die Einigung nicht fördern könne. In Berlin würden die höchsten Löhne gezahlt. Neun Stunden Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn werde in dem viel theureren Hamburg nicht bewilligt. Dem Arbeitgeber müsse die freie Disposition über sein Geschäft bleiben. Die Abschlichtungen Einzelner durch die Aufwähler müßten endlich einmal aufhören. Die Macht der Centralorganisation treffe auch manchmal Arbeiter, die sich nur widerwillig fügten. Gegen Vereinbarungen hätten die Arbeitgeber nichts, sie seien freilich der Ansicht gewesen, daß der 60 Pf.-Stundenlohn consolidierte Verhältnisse schaffen würde. Den Arbeitgebern liege aber nichts daran, Macht gegen Macht zu stellen, sie wollten Vereinbarungen treffen, die Arbeitgeber müßten ja die Vereinbarungen halten, denn jeder Arbeiter könne sofort gerichtlich klagbar werden. Für die Einigungsverhandlungen hätten die Arbeitgeber gebundenes Mandat, während andere Vereinbarungen getroffen, so könnten sie nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Generalversammlung erfolgen.

Baumeister Westphal: Die Bewegung der Maurer hat endlich die Arbeitgeber aus ihrer lethargie ausgerüttelt. Daß die Arbeitnehmer so schnell vorwärtsgezogen sind, ist von ihrem Standpunkt aus nicht praktisch gewesen. Denn bei langsameren Vorgehen wären die Unternehmer gewiß indolent geblieben. So aber ist 1897 der Bund der Arbeitgeber gegründet worden, der nun den Arbeiterorganisationen gegenübersteht und in stetigem Wachsen begriffen ist. Von den 200 000 Maurern gehören dem Centralverband nur 70 000 an und von diesen sind wohl 75 Proz. nur ge-

zwungen beigetreten (Widerpruch). Eine Vertretung der deutschen Maurer kann sich jedenfalls der Centralverband nicht nennen. Herr Silbermann hat Ihnen mitgeteilt, daß die Arbeitgeber sich auf das Schreiben der Centralorganisation in keine Verhandlungen einlassen wollten. In Berlin bestehen vier Organisationen, davon ist die Centralorganisation nicht einmal die größte. Wie kommt diese nun dazu, im Namen der Maurer von Berlin und Umgegend zu sprechen? Als Lohnforderung wurde ein Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde verlangt. Nun und nimmer kann es dahin kommen, daß der unthätigste Mensch soviel Lohn bekommt wie der thätige; das ist überall so. Sie verlangen ja auch für den schlechtesten Arbeiter 60 Pf., für die besseren 70, 80, 90 Pf. (Widerpruch bei den Arbeitern.) Nachdem sich die Lokalorganisation mit der Centralorganisation vereinigt hat, ist ein Faktor vorhanden, mit dem man Vereinbarungen treffen kann. Was nun die Forderungen anlangt, so wird sich gegen eine Regelung der Winterarbeit nichts einwenden lassen. Dagegen können wir nie und nimmer in die Vereinfachung der Accordarbeit willigen. Auch unter Ihnen sind gewiß viele, die gern einmal durch Accordarbeit etwas mehr verdienen wollen. Das Arbeitsquantum ist jetzt entschieden geringer geworden. Während früher 600 Steine verarbeitet wurden, werden jetzt kaum 3—400 Steine verarbeitet. Die 230 Arbeitstage sind nur eine Ausnahme, die meisten haben mehr Arbeitstage, vielleicht sind bei den 230 aber die vielen Streittage mit abgerechnet (Heiterkeit). Gegen Vorrichtungen im Interesse der Unfallverhütung und Hygiene wird sich kein vernünftiger Arbeitgeber sträuben. Ich hoffe, wir werden uns hier einigen, dazu ist aber notwendig, daß wir uns beide mäßigen.

Baumeister Lachmann: Wir, die wir noch nicht dem „Bunde“ angehören, stehen auf demselben Boden, wie der Bund. Wir sind noch nicht in den „Bund“ eingetreten, und wir hoffen, daß heute eine Einigung erzielt wird. Fällt diese ins Wasser, müssen wir uns mit dem „Bunde“ solidarisch erklären. Maurer Kater erklärt kurz, daß beide Organisationen, Lokal- und Centralorganisation, in Lohnkämpfen fest zusammenstehen. Die Arbeitgeber hätten den Arbeitnehmer-Organisationen Terrorismus vorgeworfen, derselbe Terrorismus herrsche doch aber im „Bunde“, wenn z. B. die Mörtelwerke mit Kohlen bedroht würden. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Vereinfachung der Accord- und Ueberstunden-Arbeit werde von den Lokalorganisationsmitgliedern ebenso angefochten wie von den Centralisten.

Bömelburg: Die Ruhe kann nicht eintreten, wenn nicht feste Vereinbarungen getroffen werden. Es ist erfreulich, daß heute die Arbeitgeber dazu die Hand bieten wollen. Es ist hier viel über unsere Organisationen gesprochen worden. Ich kann dem Herrn Westphal nur sagen, daß seine Behauptung irrig ist, daß 75 Proz. der organisierten Maurer nur aus Zwang der Organisation angehören. Der Prozentsatz der organisierten Arbeiter ist viel größer als der Prozentsatz unter den organisierten Unternehmern. So wird es auch immer sein. Es ist nach meinen Erfahrungen viel leichter, die Maurer zu organisieren, als die Baumeister. (Große Heiterkeit und sehr richtig auch bei den Arbeitgebern.) Aber selbst wenn die Arbeitgeber-Organisation kräftiger würde und die Macht zur Niederwerfung der Arbeiter hätte, Ruhe würde dadurch nicht eintreten, diese kann nur erreicht werden durch Schaffung eines gegenseitigen Vertrauens-Verhältnisses. Dieses kann natürlich nur durch Konzessionen auf beiden Seiten geschehen. Was nun den Lohn anlangt, so wird wohl niemand behaupten wollen, daß 15—1600 M. Einkommen zu viel ist. Gegen die Lohnverhöhung sind die bereits erfolgten Abschlässe geltend gemacht worden. Teilweise geben wir die Berechtigung dieses Einwandes zu. Bei einzelnen Arbeitgebern mag die Lohnverhöhung ins Gewicht fallen. Trotzdem meinen wir, daß die Einigung nur auf der Basis dieser Lohnforderung erfolgen kann. Der Lohn von 65 Pf. muß grundsätzlich eingehalten werden. In Ausnahmefällen kann er stufenweise abgeändert werden. Die Hauptsache bleibt die Hebung des gegenseitigen Vertrauens, das bisher beiderseitig nur sehr gering bleibt. Es ist hier so viel von der Macht der Centralorganisation gesprochen worden. Ist diese Macht so groß, so wird Ihnen wohl die Garantie genügen, die ich im Namen des Centralverbandes übernehme, daß dieser für die Durchführung eines von ihm geschlossenen Vertrages eintritt.

Willarz erklärt im Namen der Gewerkschaften, daß auch diese für die Durchführung eventueller Vereinbarungen eintreten werden.

Baumeister Döbler verliest hierauf folgende Erklärung der Arbeitgeber mit der Bitte an die Arbeiter, ihre Gegenforderungen geltend zu machen:

Bedingungen,

unter denen bei den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes am 28. Juni 1899 die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.

- 1. Arbeitszeit 9 Stunden pro Tag (wirkliche Arbeitszeit). Sonnabend ist um 6 Uhr Feierabend (ohne Vesper).
2. Die Tage vor den großen Festen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) ist um 4 Uhr Feierabend und werden für voll bezahlt.
3. Die Lohnauszahlung findet Sonnabend nach Schluß der Arbeit möglichst auf dem Bau statt. Die Abrechnung erfolgt von Freitag zu Freitag.
4. Der Maximallohn für thätige Gesellen beträgt pro Stunde 60 Pf., ältere und invalide Gesellen erhalten einen Lohn von 50 Pf. pro Stunde. Junggesellen, welche noch nicht ein Jahr Geselle sind, erhalten einen Lohn von 45 Pf.
5. Ueberstunden werden berechnet in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und werden mit einem Zuschlag von 20 Proz. bezahlt.
6. Die Vergütung der Arbeiten im Accord bleibt jedem Arbeitgeber vorbehalten.
7. Jedem Arbeitnehmer und Arbeitgeber steht es frei, die Arbeit zu jeder Zeit aufzukündigen (also Kündigungsausschluß) ohne Angabe der Gründe.
8. Bei eintretenden Zwistigkeiten unter den Arbeitnehmern, sowie zwischen Arbeitgebern oder deren Angestellten und den Arbeitnehmern ist zur Beilegung der Zwistigkeiten die auf jedem Bau sofort zu wählende und aus drei Arbeitnehmern bestehende Schlichtungs-Kommission anzurufen, welche sich an den betreffenden Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter als Obmann zu wenden hat. Sollte diese Kommission einen Frieden nicht herbeiführen können, so ist der aus 10 Arbeitnehmern und 10 Arbeitgebern bestehenden Zehner-Kommission die Angelegenheit zu unterbreiten; den Vorsitz führt der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes. Der Entscheidung dieser Kommission haben sich beide Parteien zu fügen.
9. Aussperrungen sind für die Folge ausgeschlossen; Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entscheidet die Zehner-Kommission.
10. Dieser Vertrag gilt auf die Zeit vom 28. Juni 1899 bis 1. April 1902.
11. Um auch für die Zukunft ein gedeiliches Zusammenwirken zu erzielen, verpflichten sich beide Parteien, alle Fragen, welche sich auf Lohn, Arbeitszeit &c. beziehen, bis spätestens 1. Dezember eines jeden Jahres der Zehner-Kommission zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß beide Parteien die Entscheidung dieser Kommission anerkennen müssen.

Eine gemischte Deputation, bestehend aus zwei Vertretern der Arbeitgeber und zwei solchen der Arbeitnehmer, zieht sich mit dem Gewerbegericht zur Beratung zurück.

Nach wiederholten Beratungen, die im ganzen ca. 6 Stunden währen, macht das Gewerbegericht die folgenden Vorschläge:

1. Die Arbeit wird am 27. Juni 1899 morgens wieder aufgenommen.

Die von den Arbeitgebern verhängte Aussperrung wird zum gleichen Tage aufgehoben.

2. Der Lohn beträgt bis zum 31. Dezember 1899 einschließlich 60 Pf. pro Stunde, vom 1. Januar 1900 bis 30. September 1900 einschließlich 62 1/2 Pf., vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 einschließlich 65 Pf.

Der Lohnsatz für durch Unfall, Alter, Invalidität minderleistungsfähige Gesellen, sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre, soweit dieselben bei ihrem Lehrmeister thätig sind, unterliegt der freien Vereinbarung.

Die Arbeitszeit beträgt 9 Arbeitsstunden.

Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzuheben.

3. Es wird eine Kommission gebildet, welche aus 9 Arbeitgebern und 9 Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch die Arbeitgeber beziehungsweise die Organisationen der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmer-Mitgliedern sollen mindestens je ein Mitglied der Central-Organisation, der Lokal-Organisation und der Gewerkschafts-Kommission angehören. Die Geschäftsordnung der Kommission wird von dieser festgesetzt.

4. Der unter Nr. 3 bezeichneten Kommission liegt die Regelung der Arbeitszeit, Pausen, Lohnverhältnisse, Einrichtung der Arbeitsstätten und ähnlicher Punkte, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ob.

5. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann gegen Entscheidung der Kommission nur binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung die Entscheidung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts angerufen werden.

6. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission oder das Einigungsamt dürfen Aussperrungen unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach der endgültigen Entscheidung sind Aussperrungen nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird.

7. Alljährlich im Herbst hat die unter Nr. 3 bezeichnete Kommission zusammenzutreten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Winterperiode des nächsten Jahres festzusetzen. Der Entscheidung der Kommission haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen.

Zum ersten Male tritt die Kommission zu diesem Zwecke im Herbst 1899 zusammen, um über eine anderweite Festsetzung des Lohnes für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 zu beschließen.

8. Sowohl die centrale wie die lokale Organisation der Maurer, sowie die Gewerkschaftskommission verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streiks nicht zu unterstützen.

9. Maßregelungen infolge des hierdurch beigelegten Ausstandes finden nicht statt.

Hinzugefügt wird, daß auch der Vorsitzende des Centralverbandes der Maurer Deutschlands in der Zehner-Kommission Sitz und Stimme haben soll.

Bömelburg erklärt im Namen der Arbeitervertreter, daß sie alle für Annahme des Vergleichsvorschlages mit ganzer Kraft eintreten werden. Er lege mit Bestimmtheit voraus, daß seine Mandatgeber den Vergleichsvorschlag acceptieren.

Baumeister Westphal erklärt, daß die Majorität der Arbeitgeber-Vertreter dem Vergleichsvorschlag zugestimmt hat.

Baumeister Lachmann schließt sich namens der außerhalb des „Bundes“ stehenden Arbeitgeber dieser Zustimmungserklärung an. Hierauf unterschrieben die Vertreter der Arbeitgeber- und -nehmer den schriftlich formulierten Vergleichsvorschlag, ebenso die Mitglieder des Gerichts.

Assessor v. Schulz schließt die Sitzung mit dem aufrichtigen Wunsche, daß morgen nun definitiv die Vergleichsvorschläge von Seiten der Herren Arbeitnehmer angenommen werden.

Um 7 1/2 Uhr abends fanden die Verhandlungen ihr Ende.

Kommunales.

Die neue Gerichtsorganisation. Aus dem Rathhause wird berichtet: Bei den Beratungen des Gemeindevorstandes, betreffend die anderweite Gerichtsorganisation von Berlin ist in der Kommission des Abgeordnetenhauses nach verschiedenen Berichten behauptet worden, daß der Berliner Magistrat sich gegen die Vorlage nicht ablehnend verhalten habe. Dem gegenüber können wir auf das bestimmteste feststellen, daß der Magistrat (in Uebereinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung) lediglich den Beschluß gefaßt hat, sowohl an den Justizminister wie an den preussischen Landtag eine Petition gegen diese Vorlage zu richten. Diese Petition, die sich in eigener Begründung gegen jede Fortsetzung des bisherigen Bezirks- und Landgerichts I hier und gegen die Zusammenlegung großer Gebietsorte Berlins mit einzelnen Vororten ausspricht, ist im April d. J. sowohl dem Justizministerium wie dem Abgeordnetenhause zugegangen. Andere Beschlüsse sind vom Magistrat nicht gefaßt worden.

Die städtische Verkehrsdeputation hat in ihrer gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner stattgefundenen Sitzung die von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn beantragte widerrechtliche Genehmigung zur Errichtung des Oberleitungs-Betriebes auf mehreren Straßen, insbesondere auf ihrer Hauptlinie durch den Tiergarten, wofür bereits belamlich zur Zeit ein Akkumulatorenbetrieb stattgefunden, sowie zur Verlegung eines Speisefabels auf dem Kurfürsten-Damm erteilt. Den Mitgliedern der städtischen Verkehrsdeputation wird am Dienstag, den 27. d. M. auf der Wienerstraße am Götlicher Bahnhof eine von der Firma Siemens u. Halske erbaute automobiler elektrisch angetriebener Omnibus vorgeführt werden.

Die Urania-Uhren. Der Stadtverordnete Schwalbe in Gemeinschaft mit noch 5 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „In Gemäßheit der Anträge und Beschlüsse vom 21. Mai 1898, 30. Juni 1898 und 2. September 1898 ersucht die Versammlung den Magistrat auf neue, ihr eine Vorlage über die Errichtung öffentlicher central-regulirter und selbstthätig kontrollirter Uhren zugeben zu lassen, die zugleich die Verhältnisse der Urania-Uhren regelt und die seitens des Magistrats bei der Staatsberatung zugefaßt war.“

Vermächtnis. Der hier selbst am 3. Februar er. verstorbene Geheimrat Rudolf Alexander Weit-Meyer hat aus seinem Nachlasse der Stadt Berlin für wohltätige Zwecke eine Zuwendung von 100 000 M. gemacht. Nach Bestimmung des Testaments sollen erhalten: a) die Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung 30 000 M., b) das städtische Waisenamt, um aus den Zinsen je ein bis zwei talentvolle Knaben, welche im städtischen Waisenhaus erzogen sind, weiter auszubilden zu lassen, als dies in der genannten Anstalt oder

Herren-Fussbekleidung

in schwarz, braun, gelb u. grün, in allen Größen und Weiten.



Pr. 4,80, 5,20, 6,30, 7,80 zc.



Pr. 5,50, 6,75, 7,35, 8,25 zc.



Pr. 7,65, 8,75 zc.



Pr. 4,50, 5,25, 6,10 zc.

Große Auswahl in Comptoir- und Reiseschuhen.

Schuhwaren-Haus S. Selbiger

Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstr.

Diese Ausnahme-Preise nur für Sonntag, den 25. Juni bis Sonnabend, den 1. Juli. Diesen billigen Einkauf sollte niemand vorbegehen lassen.

Damen Fussbekleidung

in schwarz, gelb, braun u. grün, in allen Größen und Weiten.



Pr. 4,25, 4,90, 5,50, 6,15 zc.



Pr. 5,25, 5,85, 6,45, 7,35 zc.



Pr. 5,15, 5,45, 6,15, 7,90 zc.



Pr. 3,20, 3,75, 4,50, 4,65, 5,10 zc.

Große Auswahl in Kinderschuhen und Stiefeln zu äußerst billigen Preisen.

Durch Ankauf großer Partien

für die Hälfte des realen Wertes,

bestehend aus:

Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch etc. etc.

bin ich in der Lage, der geehrten Damenwelt eine Gelegenheit zu bieten, ihren Bedarf auf längere Zeit hinaus zu einem nie wieder gebotenen, selten günstigen Preise zu decken.

J. Adler Teppichhaus,

Königstrasse 20/21 (dicht am Rathaus).

Besichtigung dieser Partien ohne Kaufzwang gern gestattet.



Herren-Kommt. Repetir-Uhr, 14kar Gold m. 1/2 u. 3/4 Schlag. Sprungdeckel von 160 Mk. an. Spezialität in Opal- und Türkis-Schmuck. Höchste Leistung!! Ringm. echtem Brillanten, 14kar mass Goldfassung Mk. 10,-. Ohrringe von Mk. 30 an. Gold-Ringe von Mk. 2 an. Gold-Broschen v. Mk. 6 an. Trauringe, 2 Duk., 21 Mk. Bruchgold und Silber werden zu Contopreisen gekauft und in Zahlung genommen. Versand nur gegen Vorbehalt. Einwand des Betrages oder Nachnahme. Auf Wunsch für Berlin Auswahl frei ins Haus. Lagerbesuch höchst lobend, kein Kaufzwang. Jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Massstab für den Werth desselben abgeben kann. Unser Fabrikatort ist B. & C. mit Kopf.

Frage, die oft an uns gestellt wird. Wieso annoncieren Sie noch bei dem bedeutenden Umfange und der gewaltigen Auswahl Ihres Geschäftes? Antwort: Wie kann Jemand wissen, dass wir etwas Gutes zu verkaufen haben, wenn wir es ihm nicht sagen! Besichtigen Sie daher, wenn Sie gut und billig Goldwaaren und Uhren kaufen wollen, unsere permanente Muster-Ausstellung mit Original-Preisnotirung (da jedes Stück deutlich sichtbar in Zahlen ausgeschrieben) vor dem Hause Königstr. 22-24. Goldwaaren-Industrie Belmonte & Co. elektrischer Kraftbetrieb. Großhandel, Export, Versand sämtl. Artikel d. Gold-, Silber- u. Uhrenbr. Einzelverkauf nur Hofpart. Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Sit In A. Hoffmanns Verlag, Berlin O., denn Blumenstr. 14,

Parodie: Couplet von G. Christ. Preis mit Vorsto 10 Pf. da?

Bessere Stellung - höheres Gehalt erlangen Sie durch 21000 Brieflichen Unterricht in Buchführung

Schönschreiben, Kundschrift, Rechtschreiben, Stenographie, Englisch, Französisch oder durch mündlichen Unterricht einige Monate im Institut. Prospekte und Probebrief gratis. O. Janes, Dortmund. Größtes Handelslehr-Institut. Kollegen und Freunden, welchen daran liegt, eine gute Weibe, H. Vogelzier, sowie gute Speisen und Getränke zu genießen, laßt freundlichst ein Paul Quosigk, Zimmerstr. 9. Auch steht ein Vereinzimmer noch einige Tage in der Woche zur Verfügung. 8496

J. Baer, Berlin N., 1702L. nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, empfiehlt, wie bekannt, in reicher Ausführung und allerbilligsten Preisen Herren- u. Knaben-Garderobe, -Arbeitsachen. -Anfertigung nach Mass. Elegante Paletots, Elegante Stock- und Gabelstühle.

Cognac selber zu machen. Man nehme 1 Originalflasche Reichel's Cognac-Essenz für 75 Pf. 1 Liter reinen Weingeist (Spiritus vini) zu 1,40 R. und 1/2 Liter Wasser. Die Mischung ergibt ein reines, gesundes, feingeschmecktes Getränk, vollständig von dem vollen, natürlichen Bouquet und herrlichen Geschmack wie echter Cognac. Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nicht gleichem als in der Farbe und nur Wohlhallen erzeugen. Tausendfach erprobt und anerkannt ist nur die unübertreffliche, unvergleichliche Reichel's Cognac-Essenz welche erst nur mit meinem Namenszug einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Fernsprech-Nr. 4, 3190. Auf je 6 Flaschen eine Sendung gratis. Bei 12 Flaschen außerdem franco Deutschland. Verkaufsstellen nirgends. Zusendung durch mein Gefährt frei Haus, selbst einzelne Flaschen, auch Weingeist, Anwarts durch die Post. Die Selbstbereitung von Rum, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit den Kombinatorien Original-Reichel-Essenzen. (Patentamt geschützt.) Prospekte mit Rezepten gratis u. franco. Nach Res. zu hoch. Eier-Cognac.

Kinderwagen- u. Schlafmöbel-Bazar Baby. I. Invalidenstrasse 160, an der Brunnenstrasse. II. Gr. Frankfurterstr. 115, Ecke Andreas-Strasse. III. Oranien-Strasse 70, gegenüber der Jakobikirche. Betten, Stand von 8,00-150,00. Auch Teilzahlung v. 1,00 wöchentl. an. Bei Barzahl. Rabatt. Amt III. 5281. Neu. Bettstellen. von 6,- an. IV. Chausseestrasse 8. V. Reineckendorferstrasse 2 DE. VI. Brunnenstr. 92 (am Humboldtthain). VII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55. Lieferant der Beamten-Vereinigungen.

Deutsches Zelt Weissensee, Berlinerstr. 143, Jnh.: Carl Hoerdt. Jeden Sonntag: Großes Garten-Freizeitkonzert mit darauffolgendem Ball. Anfang des Konzertes 4 Uhr. Die Kaffeetische steht den geehrten Damen zur Verfügung. - 4 verbedete Regelmäßig. Schönster Familienausgang. Um geeigneten Fußputz bitten. (8466) Der Besitzer.

Margarine! Wahnschaffe & Co. Filiale: [20669] Berlin C., Neue Friedrichstr. 50. Marke: Meierei, das Beste, was existiert. Fabrikanten in Cleve, Rotterdam, Brüssel, York.

Reichel's Cognac-Essenz welche erst nur mit meinem Namenszug einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Fernsprech-Nr. 4, 3190. Auf je 6 Flaschen eine Sendung gratis. Bei 12 Flaschen außerdem franco Deutschland. Verkaufsstellen nirgends. Zusendung durch mein Gefährt frei Haus, selbst einzelne Flaschen, auch Weingeist, Anwarts durch die Post. Die Selbstbereitung von Rum, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit den Kombinatorien Original-Reichel-Essenzen. (Patentamt geschützt.) Prospekte mit Rezepten gratis u. franco. Nach Res. zu hoch. Eier-Cognac.

Kinderwagen am billigsten 5,50, 8,-, 12,-, 15,- bis 60,- Bettstellen 4,-, 8,- bis 20,- Sportwagen, Leiterwagen. E. Stiassny, nur Seydelstr. 32 (Spittelmarkt) und Landsbergerstr. 45 I.

Rechtsanwaltsbureau Anker führt alles durch. Invalidenstr. 126. II. Kinderwagen - Kuhlkele. Neue Königl. 53 (am Alexanderplatz) u. Invalidenstr. 5. Kinderwagen 8,-, 12,-, 15,- Gummiräder 10, Bettstellen 6,-, 8,-, 12,-, 15,- Sportwagen. Vorkaufswahl wie nirgends.

Cigarrenfabrik-Lager J. Sohn, Feudenberg (Baden) - Berlin, Neue Königl. 55/56, Telefon. S. Rand, General-Vertreter Süddeutscher Cigarrenfabriken, richtet in Berlin u. Umgebung Cigarrenschäfte peni. Beamten, auch Kommissionslager, ein. Schon bestehende Cigarrenhändler liefern ich erstklassige Fabrikate zu constanten Zahlungsbedingungen; nachweislich circa 200 Berliner Cigarrenschäfte von mir eingeführt. 21079*

Photographisches Atelier J. Fuchs & Co., Fiedrich-Strasse No. 108, gegenüber der Karl-Strasse. Neu eröffnet. Wir empfehlen dem geehrten Publikum unser mit allem Komfort modern ausgestattetes photographisches Atelier, und liefern Eitler in vorzüglich künstlerischer Ausführung zu folgenden, ganz außerordentlich billigen Preisen: 1 Dyd. Visit oder Mignon R. 1,70 1 Dyd. Kabinett oder Muschel 4,- 1 Dyd. Promenadenformat 8,- 1 Dyd. Boudoirformat 12,- 1 großes Wandbild 42,50. Alle anderen gewünschten Größen zu entsprechend sehr billigen Preisen, gleichviel welche Personenanzahl. Garantie: Jedes Bild, welches dem Geschmacke des Bestellers nicht entspricht, wird ohne weiteres zurückgenommen und erfolgt alsdann eine Neu-Aufnahme. NB. Sie bitten, unser Atelier nicht mit solchen zu verwechseln, welche sich in Warenhäusern befinden. 19459*

Gegen Wanzen hilft nur die altbewährte Chemiker-Sünderhauss Wanzen-Vernichtungssubstanz „Faredol“ (gel. gef.). Anst. mit der ganzen Dose in Fl. a 0,50, 1,00, 1,50, 3,00 u. 5,00 R. Behälter 0,50. Einzige und allein zu haben bei Paul Sünderhaus & Co., Gr. Frankfurterstr. 80, Ecke Warfstraße, ebenda die unübertrefflichen und sicheren Schutzgewährenden Radikal-Mittel gegen die Wotten, Schwaben, Flöhe, Mücken in Packeten a 0,50-1,00 R. und das Dyd. 3 R. Oder frei nach jeder Wohnung, nach anwärts per Post. Preis Nr. VII, 412. Nirgends weiter zu haben.

RESTAURATION ZUM GOLDENEN BÄREN Müchener Bürger-Brau. Hiesiges helles Lagerbier. 8. Selgentreß, Tredecker, Tägl. v. morgens 8 bis abends 11 Uhr.

Kinderwagen - Bazar Max Brinner, Fernsachwerk. 42, Brunnenstr. 6. Grobhartige Auswahl von Kindes-, Sport-, Puppenwagen, best. Fabrikat, billig. Aufzahlung gestattet.

Roh-Tabak billige Preise (17119)* **Max Jacoby** Strelitzerstrasse Nr. 52. Auf Teilzahlung! Schling-Regulat., 14 T. geb., 18 R. Stills. Herren-Reinwand-1/2 R. 15 Urmacher 1894/5 Charlottenstr. Nr. 15. Rein Abzahlungsgewerbe.

Gesundheit ist Reichtum! Dampf- und Heissluft-Bäder wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 1706L* **Bad Frankfurt Ritter-Bad** 136 Gr. Frankfurterstr. 136 18. Ritter-Strasse 18. Specialität: Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Loh-Tannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Kinderwagen von 8 bis 60 R. Kinderbettstellen, Polsterbettstellen, Puppen-, Kasten-, Leiter- und Sportwagen, Kindermöbel, Kleinenlager, bestes Fabrikat, billige Preise. Ed. Hauptmann. „Ideal“ verbindet das Heranzü. d. Kinder. W. 3,50 R. Versand nach Rußl. od. Fabrik. Muster gratis. Zweifelsfrei geschattet, Woche 1 R. F. Bergmann, Androstrasse 53, Berlin, part. u. l. Etage. Telefon: Amt VII. Nr. 6705. Neuestes Geschäft Berlin.

Kinderwagen 8, 8, höchste 15 R. bernische 16-50 R. Kinderbettstellen, von 8 R. Kinderklappstühle, Sport- und Puppenwagen, bill. Preise, nur Preis Nr. 55, Ecke Dresdenstr. Gust. Linke.

Eine Million! ohne Gnade mit dem Brut (sodt) und gründlich befreit mein Wanzenstaud in 1/2, 50 Pf. und 1 R. Sprühpapier 50 Pf. mit dem Brut (sodt) und für immer befreit mein Schwabenstaud, 50 Pf. und 1 R. per Dose. Radikaler Erfolg garantiert nur direkt beim Erfinder Georg Pohl, Droguerie Berlin, Brunnenstr. 157.

Fabrik-Lager Kinderwagen und Kindermöbel Sportwagen. Billigste Preise da kein Waden geschäft. A. v. Langheim Oranienstr. 64, Cf

Loh-Tannin-Bäder Dampf, Heissluft, Sool, Wannen u. andere medizinische Bäder täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Heilanstalt Preterhof, Berlin N., Ritterstr. 132. Neu eröffnet. Größte hygienische Saubereit. Bäder für sämtliche Krankheitsformen. Brausebäder verabsolge für 20 Pf. Weitt Loh-Tanninbad Spandauer Brücke 6 habe ich wieder übernommen und neu renoviert. C. Richter.

Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker 42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). Spec. operat. handlos Selbst-Verfahren ohne Berufshilfe für **Veinleiden**, **Hautleiden**. Grprobt. Methoden bei Pflachten, Lupus und anderen 17042*

Sukzichweiz, Hand u. Armleiden, Wundlaufen, Nudels. ec. befreit sofort **Polemin-Essenz**, Fl. 1,50 R. Ist sofort trocken und geruchlos, garantiert un- schädlich, sicher wirkend, verleiht Drog. **Georg Pohl**, Berlin, Brunnenstr. 157. 2004L*

Neu! Eröffnet! Neu! Bade-Anstalt Norden Lortzingstr. 33. Voh-Tannin, Kurisch-Säure, Dampf- bader mit Massage und Packungen, Wannen, Sool, Nichtenbader, Reie- bader zc. Lieferant sämtl. Kranken- tässen. 15549*

Dr. med. Schaper homöop. Arzt, Spezialarzt für **Haut- u. Harnleiden** Frauen-Krankheiten. Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, I. **Dr. Lehmich,** Spezialarzt f. Haut u. Harnld. Veingeiswäre und Lupus. An der Stadtbahn 24, (am Bahnhof Alexanderplatz.) Sprachs: 9-12 und 3-6. Freitags keine. 17038* **Poliklinik.** Montag 9-10 1/2 Donnerstags

Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Mainz, den 23. Juni.

(Fünfter Verhandlungstag.)

Die Diskussion über das Internationale Buchdruckersekretariat wird fortgesetzt.

Dworaczek-Wien teilt mit, daß auch der österreichische Buchdrucker-Verband durch jene eigentümliche Haltung der Schweizer Organisation in Mitleidenschaft gezogen worden ist; heftige Proteste haben stattgefunden, ehe die jüngst stattgehabte Generalversammlung des österreichischen Verbandes das neue Abkommen mit der Schweiz annahm.

Die folgenden Redner beurteilten ausnahmslos das Verhalten des Schweizer Verbandes, wie seines Organs und erklärten, daß die abweichende Haltung des „Korrespondent“ nur gebilligt werden kann.

Es gelangte nunmehr einstimmig die von Massini-Berlin beantragte Resolution zur Annahme: Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker billigt vollständig die Beschlüsse des Centralvorstandes hinsichtlich des Gegenseitigkeitsvertrages mit der Schweiz; auch spricht die Generalversammlung ihr volles Einverständnis über die Haltung des Centralvorstandes sowohl als auch der Re-

daktion des „Korrespondent“ gegenüber der „Helv. Ztg.“ aus und verurteilt die Kampfmethode der „Helv. Ztg.“ gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker.

Döblin legt hierauf unser Verhältnis zum Internationalen Sekretariat dar; er erklärt sich entschieden gegen die Gründung einer internationalen Widerstandsliste.

Die Aufgabe des Sekretariats müsse zunächst die sein, die Buchdrucker der Erde einander näher zu bringen; es sei ja nicht einmal der französische Verband bei dem Sekretariat beteiligt. Der Deutsche Verband dürfe sich nicht als müssende Kuh betrachten lassen.

Weitere Redner äußerten sich in ähnlichem Sinne, und es wurde bemerkt, daß bei solchem Verhältnis der Zutritt zum Internationalen Sekretariate zu entscheidenden wäre.

Siebenmann-Bern erklärte nunmehr die Einrichtung des Sekretariats und die Ursachen, worin die Verbände der verschiedenen Länder sich an demselben nicht beteiligen; auf mangelndem Ausbau der Organisationen, einem gewissen Chauvinismus usw. sei es zurückzuführen. Weiter berichtete er über den Budapestter Streik und seine sonstige Tätigkeit. Wenn dieselbe nicht fruchtbarer gewesen ist, so sei das nicht seine Schuld.

Rehäuser gibt der Meinung Ausdruck, daß er dem Internationalen Sekretariate nicht eine Bedeutung beilegen könne, die es nun einmal nicht habe. Der Beauftragten dieser Institution wird es niemals gelingen, die verschiedenen Landesverbände für das Eingehen einer nützlichen internationalen Beziehung reif zu machen; es kann das nur aus den betr. Verbänden heraus möglich werden.

Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte, wurde folgende von Giesecke-Berlin beantragte Resolution angenommen:

Die Generalversammlung spricht betr. des weiteren Ausbaues der internationalen Beziehungen ihr Einverständnis mit den Ausführungen Döblins aus und erwartet, daß der Vorstand wie bisher, so auch für die Folge mit der nötigen Vorsicht der Weiterentwicklung folgt.

Nunmehr erstattete die Beschwerdekommision Bericht über die bis jetzt von ihr erledigten Fälle. Fünf Gesuche um Bewilligung von Unterstützungen resp. Streichung eines Darlehens wurden abgelehnt, 2 Beschwerden gegen die „Korrespondent“-Redaktion zurückgewiesen.

Nach dem nun folgenden Bericht der Diäten-Kommission wurde vorgeschlagen und festgelegt 10 M. Diäten pro Tag und freie Fahrt zu gewähren.

Die nun folgende Beratung über die tarifliche Lage wurde den Berichten aus den verschiedenen Gauen gewidmet und dabei konstatiert, daß die Tarifgemeinschaft überall zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegenchaft beigetragen habe; es wurde allseitig dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Verband für die Zukunft die gleichen Bahnen besolge. (Die Specialberatung über die Tariffrage soll morgen fortgesetzt werden.)

Nach mehrstündiger eingehender Debatte wurde das Abkommen des Centralvorstandes mit den Prinzipalen mit übergroßer Majorität gutgeheißen. Hierauf Schluß der Verhandlungen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 25. Juni.
Cberhaus. Mignon. Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag: Gurganthe.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Hamlet.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Fiedermaud. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Geisloffen.
Deutsches. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verunkelte Blode.
Montag: Curans von Bergerac.
Residenz. Der Schloßwagen - Controleur. Vorher: Zum Einliebder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues. Die Wabragerin. Hierauf: Abschiedsfeier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Weihen. Die Zauberflöte. Anfang 7 Uhr.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Central. Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller. Viel Lärm um nichts. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diebesträume. Ein Schäferstündchen. In Civil.
Neu: Alliance. Durchsüchtung. Hierauf: Jochen Pöfel. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Friedrich. Wilhelmshabillace. Der Nachtomnidus - Controleur. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Die Räuber.
Montag: Der Nachtomnidus - Controleur.
Meynanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Chtend. Diane, die zweite Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage. Hauptstimmen. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Sonntag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.
Montag, abends 8 Uhr: Liebesträume. Die schnelle Verlobung. Ein Schäferstündchen. In Civil.
Dienstag, abends 8 Uhr: Liebesträume. Ein Schäferstündchen. - Die schnelle Verlobung. In Civil.
Central-Theater. Direction: José Ferracoz. Nur noch 6 Vorstellungen. Letztes Werk von Johann Strauß. Waldmeister. Operette in drei Akten von G. Davids. Musik von Johann Strauß. Morgen und folgende Tage: Waldmeister.

Apollo-Theater.

! Stürmischer Erfolg !! Abends 9 Uhr: Frau Luna mit dem Luftballett Grigolatis. Neu! Das Deutsche Derby 18. Juni 1899. Original-Aufnahme von O. Mester. Ferner: 12 Specialitäten. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. d. Garten-Konzerts 6 1/2 Uhr. der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unterd. den Linden 69.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich: Stettiner Sänger (Weibel, Victor, Britton, Steidl, Krone, Schramm, Schneider und Schrader). Zum Schluß: Cavalleria schntficana. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 N., unnummeriert 75 Pf.

Pahlmanns Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann, Schön. Allee 148, Sökan-Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“

Konzertgarten u. Prachtjäle Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Urania

Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr: im Theater: Das Land der Fjorde. Montag: Dasselbe. Invalldenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14. Heute Sonntag Eintrittspreis 25 Pf. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Sootieren, Reptilien etc.

Passage-Panopticum

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 1/2 Uhr ab: Specialitäten. Um 8 Uhr: Die Athleten im Cafehaus. Die Kunstschützen Valmor.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen lebenden Photographien! mit Figuren in Lebensgröße. Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen. „Dreifuss“ mit 3 Belnen gabar. leb. Kosakenpford.

Moabit. Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80-81. Täglich: Konzert u. Specialitäten-Vorstellung. Entree Sonntag 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis verabfolgt wird. Nachzahlung: Parkett-Platz 20 Pf., referierter Platz 30 Pf. Wochentags Entree frei. Jeden Mittwoch: Kinderfest. C. Peters.

Victoria-Brauerei

Löhovstraße 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger (Führmann, Horst, Walde). Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Borvert. 40 Pf. Familienbillet 3-1 M. Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36. Regie: Willy Reuschke. Direction: Max Meckelburg. Heute (sonnt. täglich): Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Berlin wie's näht und treunt. Poffe mit Gesang und Tanz in 2 Akten von J. Gls. Nach der Vorstellung: Ball. In Vorbereitung: Rosen aus dem Süden.

Prater-Theater

Karlotten-Allee 7/9. Täglich: Dora Resl. Volksstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Schütz. Musik von H. Reichen. Kostümsoubrette Hel. Vierrath. Gebr. Miranda, Krot. Duet. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Aboue u. Campton, Redner. Dr. Picardy, Hand- und Kopf-Quintett. Ballettgesellschaft Döring. Mr. Barling, lebende Photographien. Konzert und Ball. Eintritt wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Play 50 Pf. Kalbo.

W. Noacks Theater,

Brunnensstraße 16. Täglich: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Neu! Die Regimentnummer. Poffe mit Gesang in einem Akt von M. Reichardt. Kostüml. Kostüml. Der treueste Mann. Operette in 1 Akt von Carlos Duhamel. Musik von S. Bendir. Im Saale: Tanzkränzchen.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs 71 Hübenerdörfer Straße 71, am Rührner Platz. Täglich: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Nur ortsklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachm. 10 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 5 Pf. Sperrig Nachm. 10 Pf. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Hermann Imbs, Direktor.

Sommer-Theater „Alter Dessauer“

Kriegerstr. 32. Inhaber: A. Ladewig. Schattiger Garten Berlins. Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Urania

Wrangelstraße 10/11. Jeden Sonntag: [1710] Großer Ball. Anf. 4 Uhr. Siehe Aufschlagzettel. Empfehle mehr Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Backhaus' Volks-Theater

Neu-Weissensee Prenzlauer Chaussee. Jeden Sonntag: Norddeutsche Sänger Gänge, Gahndes, Stangenberg usw. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf. Bei ungünstigem Wetter im Theateraal. - Nächsten Mittwoch: Grosse Extra-Soiree.

Gesellschaftshaus

Zwinemünderstr. 42. Täglich im Garten: Theater-Vorstellung. Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 1877.

Johannisthal: Park-Restaurant!

Jeden Sonntag: Gr. Ball unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Otto Wldauer. Tanz-Abonnement 75 Pf. Die Kaffeezweige ist von 2 Uhr ab geöffnet. Zwei Regelbahnen, Vereine erhalten Extra-Pflicht-Bestellungen für Sommervergnügen nehm schon jetzt entgegen. Wwe. Elise Rau, früher Skaltzerstr. 126.

Moabit. Klubhaus,

Reusselstr. 9. Empfehle meinen großen Saal, Reineidzimmer i. 20-30 Personen, Restauration, Mittwoch u. Abendlich. Jeden Sonntag: Großer Ball. 1717. Carl Fischer. Billig! Snabenanzüge. Billig! Mädchenkleider in großer Auswahl. O. Hoffmann, Leiterantstr. 14.

Schweizer-Garten

Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain. Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Volksbelustigungen aller Art. Freier Damentanz und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.

Wedding-Park

Müllerstraße 178. Am Wedding-Platz. Jeden Sonntag und Donnerstag: Grosses Frei-Konzert, ausgeführt von der uniformierten Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektoren Herrn Koch. 1924. Im Saale: Großer Ball. 7 verdeckte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. - Volksbelustigungen aller Art. - Kaffeezweige täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. - Von 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger. W. Trapp.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15. Kritische Leitung: Paul Wittib. Täglich: Großes Garten-Konzert. Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals. Nur erstklassige Kräfte. Georg Fischer (Lieberfänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Kati Stöger (Kostüm-Soubrette), Quila Blanchetty (Vorforce-Quintettistin), Pütz Larolla (Troupe (Excentriques) usw. Neues gediegenes Familien-Programm. Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr. In den Festzeiten: Großer Ball. Die Kaffeezweige ist geöffnet. Max Klem.

Gartenheide. Neue Welt. Gartenheide.

Täglich: Konzert u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag und Donnerstag: Im Bal champêtre: Großer Festball. Anfang 4 Uhr. Jeden Mittwoch: Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung. Jeden Donnerstag: Grosse Feuerwerk. Kaffeezweige, Karneval, Marionettentheater etc. täglich geöffnet. Alles Näheres durch die Tagesausgabe an den Säulen. 1924. A. Fröhlich.

Victoria-Brauerei-Ausschank Stralau.

Jeden Sonntag: Großes Gartenkonzert, Theater u. Specialitätenvorstellung. Im Saale: Großer Ball. Die Kaffeezweige ist von 2 Uhr an geöffnet. Um recht regen Zuspruch bitten 1947. Hochachtungsvoll Karl Mittag, Deponom.

Action-Brauerei Friedrichshain

früher Hippo. Am Königsthor. Größer Konzertgarten und größter Konzertaal Berlins. Heute (und nur noch einige Tage) Konzert von 2083L. Eduard Strauss. taffert. und königl. k. Reich. Hofball-Musikdirektor mit seiner gesamten Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., refer. Platz 1 M. Bei Regenwetter im großen Konzertaal bei erhöhtem Entree.

Central-Festsäle

Alte Jakobstr. 32. früher Orpheum. Alte Jakobstr. 32. Renoviert für Vereine und Privatfestlichkeiten, mit allem schattigen Garten, auch für Sommerfeste bestens empfohlen. Heute, Sonntag, den 25. Juni: Großes Familien-Tanzkränzchen zur Abschiedsfeier für das Theaterpersonal des Central-Theaters. Entree frei. Anfang 4 Uhr.

Schloss Weissensee.

Sonntag, den 25. Juni 1899:

Großes Volks-Fest

arrangiert von den

Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes.

Volksbelustigungen aller Art. Turnerische Aufführungen. Schwimmklub. See- und Kasperle-Theater. Grosses römisches Pracht-Feuerwerk, ausgeführt von dem Kunst-Feuerwerker Herrn Albers. In beiden Sälen TANZ. Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr geöffnet. Anfang morgens 8 Uhr. Das Komitee.

Schloß Weißensee.

Sonntag, den 9. Juli 1899:

Grosses Volks-Fest

arrangiert von den

Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Sängervereine (R. d. A. S. V.)

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von Mitgliedern der freien Vereinigung der Civil-Berufsmänner. — Auftreten der Leipziger Sänger. Schauspielgruppen, ausgeführt vom Schwimmklub Weißensee. — Volksspiele. Kinderbelustigungen aller Art. Jedes Kind erhält eine Freisorte zum Dank.

Grosses Brillant-Feuerwerk

ausgeführt vom Kunst-Feuerwerker Herrn Albers.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen bis 6 Uhr abends geöffnet. — In beiden Sälen von 4 Uhr ab: TANZ. Personen, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach Anfang 8 Uhr. See-Theater: Entree frei. Biletts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Biletts sind in allen mit Plakaten besetzten Stellen zu haben. Das Komitee.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgeg.

Sonntag, den 2. Juli, vorm. präc. 10 Uhr,

im Saale der „Brauerei Friedrichshain“: Ausserordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Berufung des Gesangsvereins „Fortschritt“.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Eintritt nur durch Bundesmitgliedkarte.

Präcise 12 Uhr: Beginn der

Uebungsstunde.

Programm zum Sängerkonzert: 1. Sängerkonzert, 2. Freiheit, 3. „Völkerverbrüderungslied“, 4. Menschheit erwachen, 5. Zukunftsbilder, 6. Sängermarsch. — Die ersten drei angegebenenlieder werden zunächst gesungen. NB. Ausgabe der Biletts zum Sängerkonzert und der Flugblätter von der Liebergemeinschaft gegen Vorzeigung der Vereins-Bundesmitgliedkarte. D. O.

Große öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen

und aller in der Schneiderei thätigen Personen

am Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Warm über die Juchthandvorlage und den Tuberkulose-Kongress. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 101/11

Um zahlreichen Besuch bitten

Die Ausschüsse machen wir auf unser Sommerfest der Schneider und Schneiderinnen, welches am 3. Juli 99, in C. Fiedls Victoria-Garten, Drepten, Köpenicker Landstraße, stattfinden, aufmerksam. — Biletts a 25 Pf. sind zu haben in unserem Bureau Lindenstraße 9, in allen Zahlstellen, bei allen bekannten Kollegen und Kolleginnen. — Eröffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Jahrgeselligkeit von der Besprechung bis Drepten mit der elektrischen Bahn die ganze Tour 10 Pf.

Achtung, Bauarbeiter.

Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, in Coburg Festsaal: Öffentliche Versammlung sämtlicher Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 20/15

NB. Die Puffer und Träger werden ersucht, von ihrer Versammlung der augenblicklichen Lage wegen Abstand zu nehmen.

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. (Mitgliedschaft Berlin.)

Dienstag, 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Dresdenerstr. 45: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Welchen Standpunkt nimmt die Gesundheitspflege zur sogenannten englischen Tischlerfrage? 2. Diskussion. 3. Bericht vom Arbeitsnachweis. 4. Vereinskassenangelegenheiten und Verschiedenes. 71/3

— Aufnahme neuer Mitglieder.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Am Montag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c: Öffentl. Versammlung der Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Kommission. 2. Diskussion und Beschlußfassung über Lohnverhöhung. 177/18

Die Kommission.

Tapezierer.

Dienstag, den 27. Juni, abends 9 Uhr: Versammlung beider Filialen. Filiale Nord: Brunnensstr. 188. — Filiale Süd: Bei Zabell, Lindenstr. 106.

Tagesordnung in beiden Filialen: Die Koalitionsfrage bei der Firma Fabel u. Braunisch, ein Schlag gegen die Organisation, und die Arbeits-einstellung der dortigen Kollegen. 177/18

Kollegen, agitiert für recht zahlreichen Besuch der Versammlungen.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentliche General-Versammlung

bei Habel, Bergmannstraße 5-7.

Tages-Ordnung:

1. Statuten-Aenderung. Referent Genosse Zubeil. 2. Diskussion. Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, zahlreich zu erscheinen. 238/13

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirk Rummelsburg:

Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, bei Beutling, Kant- und Goethestrassen-Café: Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Wirken Lassalles“. 2. Verschiedenes. Frauen und Gäste haben Zutritt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Parkettbodenleger.

Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, bei Zabell, Lindenstr. 106: Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag. Diskussion. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Branchen-Versammlung d. Kammacher und aller in der Kamm-Industrie beschäft. Arbeiter

am Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn M. Gold, Große Frankfurterstr. 133.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Renouveau der Werkstatt-Kontrollkommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 107/1

Kollegen! Sorgt dafür, daß die Versammlung zahlreich besucht wird, daß Kollegen in die Kommission gewählt werden, welche den Anforderungen als Kontrollkommission genügen. Die Kollegen der Werkstatt von Töblich, Petersburgerstr. 88, sind hiermit besonders eingeladen.

Achtung! Cementierer. Achtung!

C.-V. d. M. D. Zahlstelle Berlin 4.

Dienstag, den 27. Juni 1899, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33: Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen wir uns zum Streik der Maurer? 2. Verschiedenes. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. 57/6

Achtung!

Den Tischlern Berlins zur Kenntnis, daß der Verein der Tischler Berlins u. Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) nicht identisch ist mit dem Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend, welcher sich auflösen will. Kollegen, welche gewillt sind, sich dem Verein der Tischler Berlins und Umgegend anzuschließen, finden Gelegenheit in folgenden Zahlstellen: Bernharzig, Gundlach, Lüdke, Ankerburgerstraße Nr. 6, Mantuffelstraße Nr. 31, Rosenerstraße Nr. 10.

Achtung! Buchdruckerei = Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, in den Arminhallen (Ar. Saal), Kommandantenstraße 20: Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission und Renouveau derselben. 2. Vortrag des Genossen Pösch: Der Kampf um das Koalitionsrecht. 3. Bericht vom Frankfurter Gewerkschaftskongress. 4. Verschiedenes. 36/2

Die Versammlung wird, der Nacharbeiter wegen, pünktlich eröffnet.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: Otto Bielch.

Freie Kranken- und Begräbniskasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins.

(C. S. Nr. 27) Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, bei Herrn Herzberg, Alte Jakobstr. 75: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bierjährlicher Kassendbericht. 2. Financ. Kassenangelegenheiten. Zahlstellen befinden sich bei: 1. Lange, Dragonerstr. 15, Restauration. 2. Schöngarth, Alt-Koblenz 119, Restauration. 3. Bahr, Wilmersstr. 52, Restauration. 4. Wuttke, Grauburgerstr. 13, Restauration. 5. Odet, Grunendammstr. 110, Restauration. 6. Franz Lohmann, Raunersstr. 38, Schuhmachergewerk. Die Beiträge werden daselbst zu jeder Zeit entgegengenommen. 267/17

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Montag, den 26. Juni 1899, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c: Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Moricke über: Die deutsche Metallarbeiter-Bewegung von Anfang bis zur Jetztzeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. 84/5

Sattler,

Täglich, Treibriemenarbeiter und verw. Berufsgenossen. Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Spiegelberg, Sebastiansstraße 30.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossen Frau Mesch über: Die Juchthandvorlage und der gewerkschaftliche Kampf. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Gewerkschafts-Delegierten. 4. Verschiedenes. (157/2)

Zahlreichen Erscheinen erwartet Die Agitations-Kommission.

Echte Kornbrandtweine aus reinem Roggen und Malz gebrannt.

Widlicher Alter 65 Pf., Richtenberger 95 Pf., Münsterländer 1,10 M., Preussener 1,25 M., Steinbeger, Doornkaat, Aquavit etc. in Originalabfüllung. Cognac in großer Auswahl, Fl. 1,10-2,50 M. Feinste in- und ausländische Liqueure, Angarweine etc. empfiehlt die Weinhandlung von Alexanderstraße 62, Potsdamerstraße 48 (Eingang F. Willumeit, Kurfürststraße) und Staligerstraße 135. [20549]

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, den 23. d. M., nachm. 4 Uhr, der unerlöbliche Tod uns unsere innigstgeliebte und uns unersetzlich liebende Lilli im Alter von 4 1/2 Jahren nach vierwöchentlichem schwerem Leiden entriß. Die Beerdigung findet am Dienstagmorgen 2 Uhr von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Die tiefbetrübten Eltern Ferdinand Hiert und Frau.

Leje- und Disputier-Klub „Gleiches Recht“.

Hierdurch allen Mitgliedern die Nachricht, daß am Donnerstag, den 22. d. M., nachm. 6 Uhr, unser Genosse, der Tischler

Aug. Köster

im Alter von 58 Jahren verstorben ist. Der Klub wird ihm feierlich ein ehrendes Andenken bewahren. 8015

Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem Central-Friedhof zu Friedrichsfelde statt, wozu der Vorstand um rege Beteiligung ersucht. 8016

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Freund und früherer Kollege Eduard Bantow am 23. d. M. verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von Behrenen aus auf dem Thonand-Archipol statt.

Das Personal der Piano-Fabrik Max Dreier & Comp.

8345 Dankagung. Herzlichen Dank allen Freunden und Bekannten für die Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres sorgsamsten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Schraubendrehers Paul Scharsch, insbesondere der Firma Erdmann u. Grob und den Kolonnen vom Wiltensbrunn. Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn Georg im Alter von 2 1/2 Jahren seinen Tod in den Armen der Mutter gefunden hat. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 25. d. M., nachm. 4 Uhr, in Sivalou statt.

Dies zeigt tiefbetäubt an die trauernden Eltern H. Förster u. Frau, Berlin, Friedenstr. 80. 8426

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sage ich hiermit für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters meinen herzlichsten Dank. Frau Zaenl, Witwe. 8476

Danksagung!

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sage ich hiermit für die rege Beteiligung bei der Beerdigung unseres Sohnes Max. G. Reinthal nebst Frau. 8716

Die Beerdigung, welche ich gegen den Tischler Herrn Paul Nielsch, Gilsbaderstr. 21, erhoben habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben als einen christlichen Mann.

Berlin, 23. Juni 1899. [8375] Frau Agnes Seitzer.

Restauration,

Vollkonfession, acht Jahre bestehend, Kottbuser Thor, sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Dinlage, Cigarrengeschäft, Kottbuserstr. 4.

Maler.

Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn Feuerlein, Alte Jakobstraße 75: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung der Maurer und welche Folgen entstehen hieraus für unser Gewerbe? 2. Die Aussperrung der bänischen Arbeiter, insbesondere der bänischen Maler. 126/0

Zu anberacht der durchaus wichtigen Verhandlungen muß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Bautischler!

Montag, den 26. Juni 1899, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer, Brunnensstraße 9: Öffentliche Bautischler-Versammlung für die Bezirke Wedding, Moabit und Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Hlenck über: Wie verbessern wir unsere Lage? 2. Diskussion. 3. Die Aussperrung der Maurer. 106/18

Kollegen, da die drei Stadteile so eng verbunden sind, ist es notwendig, daß häusliche Bautischler vertreten sind. Der Einberufer.

„Neues Klubhaus“ 72 Kommandantenstr. 72.

Jeden Sonntag: Gr. Ball. Empfehle meine großen und kleinen Gesellschaften (150-800 Personen fassend) zu Versammlungen und Festlichkeiten. Habe noch einige Sonntag- und Sonntage frei. 1007/7 H. Ebert.

„Sanssouci“ Schmargendorf.

Jeden Sonntag: Gr. Ball. Empfehle mein herrlich mit Grünwald gelegenes Restaurant. Raffinierter, 2 Regalbahnen, große Zerstücker. Kaufmann von Potsdamer Stangenberg, Fleisch- und Bauisch-Bier. H. Ebert.

Schnegelsbergs Festsäle

Hasenheide No. 21 - Jahnstrasse No. 8. Jnd.: Max Schindler. Telefon: Kant IV 1132. Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonntag, 30. September, noch frei. Mittwoch und Sonntag: Grosser Ball. 2064/2 Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Knaben- und Herrengarderobe.

Grüne Sommerjoppen für Knaben : ; 95 Pf.
Grüne Sommerjoppen für Burschen : ; 1, 05 Mk.
Grüne Sommerjoppen für Herren : ; 1, 15 Mk.
Sommer-Lodenjoppen in verschiedenen Farben 3, 15 Mk.
Reise-Havelocks in verschiedenen Farben . 7, 90 Mk.
Schwarze Sommer-Jackets (Lüstre-Imitation) 1, 95 Mk.
Lüstre-Jackets : . : 2, 90 Mk., 3, 70 Mk., 4, 60 Mk.
Matrosenkragen für Mädchen u. Knaben 28 Pf., 38 Pf., 42 Pf., 48 Pf.

Sommer-Schulanzüge, hochgeschlossenes Façon, für das Alter von: ca. 8-9, 9-10, 10-11, 11-12, 12-13, 13-14 Jahren
2, 65 Mk., 2, 90 Mk., 3, 15 Mk., 3, 40 Mk., 3, 65 Mk., 3, 90 Mk.

Waschanzüge und Blousen für das Alter von 2-10 Jahren sind im Preise bedeutend herabgesetzt.

Costume-Rock
schwarz gemustert, Alpaca auf Futter mit Stoss und Besenborde 3, 60 Mk.

Schuhwaaren.

Herren-Schnürschuhe, braun Ziegenleder, Paar 5, 00 Mk.
Herren-Schnürstiefel, braun Ziegenleder, Paar 6, 00 Mk.
Herren-Hakenstiefel, braun Ziegenleder, Paar 6, 50 Mk.
Herren-Lawn-Tennis-Schuhe, Paar 3, 25 Mk.
Damen-Schuhe, braun Ziegenleder, zum schnüren, knöpfen oder mit Spange 2, 90 Mk., 3, 75 Mk.
Damen-Hausschuhe, braun Ziegenleder, mit Absatz 2, 10 Mk.
Damen-Knopf- oder Schnürstiefel, braun Ziegenleder 5, 50 Mk.
Damen-Lawn-Tennis-Schuhe 3, 00 Mk.
Knaben- und Mädchen-Schuhe, braun Ziegenleder, zum schnüren, knöpfen oder mit Spange.
Grösse ca. 25/26 27/30 31/35
2, 25 Mk., 2, 50 Mk., 2, 85 Mk.

Braune Ziegenleder-Schnür- u. Knopfstiefel
Grösse ca. 25-26 27/30 31/35
3, 00 Mk., 3, 50 Mk., 4, 00 Mk.

Ungarische Leder-Sandalen,
Grösse 9/2 3/4 5/9 10/15 34/40 41/45
38 Pf., 42 Pf., 65 Pf., 80 Pf., 1, 15 Mk., 1, 35 Mk.

Bade-Artikel.

Seiflappchen : ; Stück 5 Pf., 6 Pf., 10 Pf.
Badekappen : ; Stück 15 Pf., 18 Pf., 25 Pf.
Frottirhandschuhe Stück 8 Pf., 12 Pf., 16 Pf.
Frottirhandtücher, weiss 48 Pf., 65 Pf., 75 Pf.
Frottirhandtücher, bunt 38 Pf., 42 Pf., 55 Pf.
Frottilaken für Kinder : : 1, 20 Mk., 1, 55 Mk., 2, 10 Mk.
Frottilaken für Erwachsene 2, 70 Mk., 3, 30 Mk., 3, 65 Mk., 4, 25 Mk.
Bademäntel Stück 2, 80 Mk., 3, 30 Mk., 3, 70 Mk., 4, 65 Mk.
Bademäntel mit Capotte, weiss und bunt 5, 15 Mk., 6, 30 Mk.
Bade-Anzüge für Kinder Stück 70 Pf., 85 Pf., 95 Pf.
Bade-Anzüge für Damen Stück 90 Pf., 1, 00 Mk., 1, 15 Mk.
Bade-Teppiche : ; Stück 1, 75 Mk., 2, 25 Mk.
Bade-Pantoffel in Stroh : ; Paar 20 Pf.

Waschstoff-Reste
für Blousen und Kleider ausreichend.
Der vorerläuteten Saison wegen zu ausserordentlich billigen Preisen.



Otto Krüger & Co.

am Stadtbahnhof Jannowitzbrücke I. (Ecke Alexanderstrasse).

Fabrikation guter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Extra-Mass-Anfertigung.

Frühjahr-Paletots 10,- M.	Werktag-Hosen 6, 5, 4, 3, 50, 2, 75, 2 M.	Cheviot-Anzug 9, 50 M.
Geraer Kammgarn-Paletots 20,- M.	Schwarze Hosen 12, 10, 8, 6, 3, 75 M.	Buckskin-Anzug 14,- M.
Havelocks 7, 50 M.	Radfahrer-Hosen 7, 6, 5, 4, 3,- M.	Geraer Kammgarn-Anzug 24, 50 M.
Sport-Gummi-Mäntel 19, 50 M.	Knaben-Anzüge, Schul-Anzüge	Hosen nach Mass von 6 M. an.
Haus-Joppen 90 Pf.	entzückende Auswahl.	Anzüge nach Mass von 24 M. an.
Loden-Joppen 3 M.	Billige Preise.	Paletots nach Mass von 21 M. an.

Verkauf
zu streng festen
sehr billigen
in Zahlen
gezeichneten Preisen.
Jannowitzbrücke I.

Radfahrer-Anzüge.

Hervorragende Leistungsfähigkeit, vielseitige Auswahl in Stoffen und Façons 24, 50, 19, 50, 17, 13, 11, 9, 50, 7, 50 M.
Sammet-Hützen für Radfahrer 40 Pf.
Gummi-Pelerinen für Radfahrer 5 M.

Am Stadtbahnhof Jannowitzbrücke I.
vis-à-vis dem grossen Möbel-Kaufhaus
Th. Fork, Kretschmar & Co.

En gros
En detail.
Export.
Ecke Alexanderstr.
vis-a-vis
Holzmarktstrasse.

Brunnenbad, Brunnenstr. 16.
Sob-Tannis, Dampf-, Heißluft- und Sandbäder, sowie alle Bäder einzelner Körperteile (Arme, Beine), Kohlensäure Bäder mit Hauheuter Rutterlange. **Massage-Anstalt** mit neuen mech. Apparaten (1 Tr.).
Plaqueur seit 1884. — Rein geprüfter Ausfuhrmasseur. — Seit 10 Jahren für sämtliche Krankenkassen.
Massage-Billate: Thurmstr. 40, von 4-6 Uhr.
H. Mania und Frau.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97.
parterre, Eingang vom Platz.
Fahrräder,
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert
Carl Karas, Vangestr. 17, part., 1. u. 2. Laden. Eigene Vorraum. Teilzahl. Sämtl. Rubschö.

Kinderwagen- u. Bettstellen-Bazar
„Reform“
Neanderstr. 30.
Einfachste bis feinsten Kinderwagen. Bettstellen etc. zu den niedrigsten Preisen.
Teilzahlung gestattet.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. Gebieter Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!
Reinhold Werner, Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 70, Laden, Kleine Andreasstr. 12, 1.
Elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 30 M. an bis zu den feinsten. Für elegante Sitz- und elegante Ausführung bürgt meine seit 10 Jahren bestehende Firma. Grosses Tochterlager. Teleph. VII. 4678 u. 23.
Frach- und Gesellschaftsanzüge werden verleiht. [17012]
Billate: Friedrichshagen, Friedrich-Strasse 105. Telephon: 23

100 Mark

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg, Laus.

können Sie mit Leichtigkeit sparen, wenn Sie Ihren Bedarf direkt aus unserer Fabrik decken, indem wir die **einzigste Tuchfabrik Deutschlands** sind, die ihre Fabrikate nur für Privatleute anfertigt. Sie kaufen direkt aus der Fabrik und entgehen dadurch vollständig dem Zwischenhandel. — Muster auf Wunsch an jedermann sofort franco.
Auf Wunsch weisen an jedem grösseren Platze Schneidermeister nach, welche auch ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, elegante Anzüge zu soliden Preisen anfertigen. [81/19]

Krankenkassen-Organisation.

Ein Aufsatz der „Karlshauer Zeitung“ vom 8. Juni, betitelt: „Zum Berliner Krankenkassenkongress. Ein Epilog (Nachwort) von Dr. M. F.“ — den die „Medizinische Reform“ in ihrer letzten Nummer abdruckt, nötigt uns zu einer Erwiderung.

Der Verfasser des Aufsatzes, welcher als Delegierter des Karlshauer Krankenkassenverbandes dem Kongress beizuwohnte, hat nach eigener Angabe nur am Vormittage des 28. Mai an den Verhandlungen teilgenommen; was er an diesem Vormittage hörte, war nichts als das Nare, zielbewusste Bestreben, die Krankenkassen zu Bruchstücken sozialdemokratischer Agitation zu verwerten. Wir bedauern lebhaft, daß die beschränkte Zeit des Herrn Dr. M. F. weder den Besuch der konstituierenden Versammlung am Abend des 27. Mai, noch die Teilnahme an der Nachmittags-Sitzung des 28. Mai gestattet. Sonst hätte er in der Vorderabteilung z. B. gehört, daß von der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins, die nach seiner Meinung nicht ist, als „eine Specialkommission der sozialdemokratischen Partei“, zum Vorsitzenden des Kongresses unter anderen der verdiente Leiter der Leipziger Ortskrankenkasse, Herr Kommerzienrat Schwabe und als dieser vorgeschlagen, Herr Direktor derselben Kasse, Herr H. Mann, vorgeschlagen wurden, beides Herrn, deren politische Stellung und zwar unbekannt ist, von denen wir aber annehmen, daß sie nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Sonst hätte Herr Dr. F. ferner am Schluß der Nachmittags-Sitzung hören können, daß man die rote Defloration des Saales, welche auf ihn so merkwürdig aufregend wirkte nicht eigens für den Kongress angebracht hatte, sondern daß dieselbe im Saale von einer kürzlich dort abgehaltenen Festlichkeit her verblieben war.

Wir glauben, daß diese Thatsachen auf die Beurteilung des Kongresses nicht ganz ohne Einfluß sein können. Wenigstens können wir das, was Herr Dr. F. anführt, zum großen Teil nicht als zureichend und insgesamt nicht als ausreichend zum Beweis seiner Ansicht ansehen. Es entspricht keineswegs den Thatsachen, daß alle Reden, welche von Mitgliedern der Central-Kommission oder den Referenten gehalten wurden, in der Schlussbehauptung gipfelten: „es handle sich um eine rein proletarische Bewegung“ usw. Gelte es gerade bei den ersten Punkten der Tagesordnung — Organisation der deutschen Krankenkassen und Krankenversicherungs-Gesetz — unmöglich, das Gebiet der Politik ganz zu vermeiden, aber fast durchgehend geschah dies in durchaus sachlicher Weise und ohne daß Parteipolitik getrieben wurde. Eine parteipolitische Keulierung, die als solche auch nach unserer Meinung besser unterblieben wäre, machte nur einer der Referenten; auch diese Bemerkung fiel aber nur ganz beiläufig in Erwiderung auf einen Angriff, der gerade von einer Herrn Dr. F. sehr nahestehenden Seite kam.

Es ist bezeichnend, daß Herr Dr. M. F. diese eine Bemerkung nicht anführt, sie ihm also wohl entgangen ist. Statt dessen giebt er eine Blütenlese von solchen Keulungen, die zum Teil für seine Behauptung gar nichts beweisen, zum anderen Teil beweiskräftig erst dadurch geworden sind, daß Herr Dr. F. sie aus dem Zusammenhang gerissen, falsch verstanden oder falsch gedeutet hat.

Wir sind natürlich, schon mit Rücksicht auf den Umfang dieser Erwiderung, nicht in der Lage, unser Urteil über die Beweisführung des Herrn Dr. F. hier im einzelnen zu begründen. Wir verweisen aber alle diejenigen, welche sich ein unbefangenes Urteil über den Krankenkassenkongress bilden wollen, auf das demnächst erscheinende stenographische Protokoll. Das Urteil des Herrn Dr. F. ist kein unbefangenes; er war unseres Erachtens auch gar nicht fähig, ohne Voreingenommenheit, die Kongressverhandlungen zu verfolgen, weil er anscheinend der modernen Arbeiterbewegung nicht allein fremd, sondern auch gänzlich verständnislos gegenübersteht. So kann es wenigstens nach unserer Ansicht nur erklärt werden, daß Herr Dr. M. F. einige auf dem Kongress sachlich begründete Forderungen, z. B. daß den Krankenkassen die Verechtigung erteilt werde, Krankheitsberichts-Vorschriften zu erlassen, einfach dadurch abzu thun zu können glaubt, daß er sie als „die bekannnten sozialdemokratischen Mittel“ bezeichnet. So nur wird es auch begreiflich, daß Herr Dr. M. F. die Arbeiter, — von denen doch auch ihm hätte bekannt sein müssen, daß sie Rechte nicht Almosen beanspruchen, — auf „die Caritas (Mähschilke) der bestverwerteten Stände“, auf die „Fürsorge“ der Frauenvereine oder sonstiger privater Wohlthätigkeit verweist.

Daß er den Kongressverhandlungen nicht unbefangenes gefolgt ist, ja nicht einmal alles, was gesprochen wurde, richtig gehört hat, beweist Herr Dr. F. schließlich selbst, indem er behauptet, daß etwa 20 Delegierte von der Rednertribüne aus ihre Zustimmung zu seiner Erklärung ausdrückten. Mit Verlaub, Herr Doktor, diese Behauptung ist in allen Teilen falsch! Es waren nicht etwa 20 Delegierte, die nach Ihnen die Tribüne bestiegen, sondern acht. Auch diese aber bekundeten nicht die Zustimmung zu Ihrer Erklärung, sondern zeigten nur mit, daß sie ein gebundenes Mandat hätten und daher nicht ohne Weiteres für eine gemeinsame Organisation aller deutschen Krankenkassen — Antrag Dr. Friedberg-Berlin — stimmen dürfen. Beweis: daß am Schluß der Vormittags-Sitzung vorgelassene und genehmigte Protokoll, welches u. a. die Thatsache ergibt, daß der Antrag Friedberg — nachdem er dahin abgeändert war, daß die Delegierten nicht einen ihre Kasse bindenden Beschluß fassen, sondern nur sich selbst verpflichten sollten, für eine derartige Organisation aller Krankenkassen zu wirken — mit allen gegen nur 6 Stimmen angenommen wurde.

Kurzgefaßt dieser durchaus unzutreffenden Beurteilung des Kongresses können wir auch der Prophezeiung des Herrn Dr. M. F., daß die geplante Organisation der Krankenkassen nicht durchzuführen sein wird, irgend welchen Wert nicht beimessen. In der kurzen Zeit, welche seit dem Kongress verstrichen ist, sind uns aus einer ganzen Reihe von Städten Zustimmungserklärungen usw. überandt worden; in mehreren größeren Städten ist man eben im Begriff eine Organisation nach dem Muster unserer Central-Kommission zu schaffen. All das beweist uns, daß es gelungen ist, die deutsche Krankenkassenbewegung in Fluß zu bringen und den Grundstein für eine einheitliche Organisation zu legen.

Es verdient am Schluß vielleicht noch hervorgehoben zu werden, daß ähnliche — wenn auch weniger ausführlich „begründete“ — Urteile sich auch in anderen Blättern finden, so zum Beispiel in der „Freistimmigen Zeitung“ (3. Juni), die davon gleich die Bemerkung macht, daß ein Verband der Krankenkassen Deutschlands „nur unter Ausschluß aller sozialdemokratischen Elemente möglich werden kann“. Was von diesem Vorschlag zu halten ist, sagt die „Kreuz-Zeitung“, indem sie darin „einen erfreulichen ersten Schritt“ erblickt, und an die „Freistimmige Zeitung“ die Mahnung richtet, „auf dem betretenen Wege weiterzugehen und das ihrige dazu beizutragen, um mit der thörichtesten Gleichberechtigungstheorie der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber im freistimmigen Lager aufzuräumen“. Wir hätten dem höchstens noch das hinzuzufügen, daß unser Erachtens der geniale Plan, einen deutschen Krankenkassen-Verband „unter Ausschluß aller sozialdemokratischen Elemente“ zu begründen, eben so viel politisches Verständnis bezeugt, wie seiner Zeit der Vorschlag, „die Republik mit dem Großherzog zu errichten“.

Gerichts-Zeitung.

Vom Ausnahmengesetz gegen das Gefinde. Der ländliche Arbeiter Organisationsrat war für ein positives Recht nicht angetreten. Nachdem er der „Herrschaft“ durch die Polizei zugeführt worden war, ging er wieder, worauf gegen ihn auf Grund des Ausnahmengesetzes vom 24. April 1854 Strafantrag gestellt wurde. Man warf ihm

unbefugtes Verlassen des Dienstes vor. Der Beschuldigte machte geltend, er hätte den Dienst garnicht antreten brauchen, weil die ihm versprochene Wohnung im Gefindehause anderweitig vergeben worden sei. G. wurde jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht in Lissa zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht nahm an, daß er zum Gefinde gehöre und daß § 1 des Gesetzes, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter, anzuwenden sei. G. habe den Dienst ohne gesetzliche Ursache verlassen. Der Strafsenat des Kammergerichts als Revisionsinstanz hob aber dies Urteil wieder auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es steht fest, daß G. verheiratet sei und daß er für seine Dienste als Pferdewacht unter anderem auch Deputationszahlung und eine freie Wohnung im Gefindehause erhalten sollte. Unter diesen Umständen könne er nicht als Gefinde angesehen werden, da er nicht zur häuslichen Gemeinschaft des Dienstherrn gehört habe. Somit hätte er auch nicht auf Grund der Gefinde-Ordnung zum Antritt des Dienstes gezwungen werden können. Andere Bestimmungen, die eine zwangsweise Zuführung zwecks Dienstantritts ermöglichen, gebe es nur in einer Kabinettsordre von 1837, und diese finde lediglich auf Gefinde und Insulte in den Provinzen Ost- und Westpreußen Anwendung. Der Angeklagte habe somit überhaupt nicht zum Dienstantritt gezwungen werden können. Sei nun seine polizeiliche Zuführung eine unberechtigte gewesen, so liege hier ein Dienstantritt garnicht vor. Ein Dienst aber, der garnicht angetreten sei, könne auch nicht verlassen oder verlagert werden, das Gesetz vom 24. April 1854 sei darum im Falle G. nicht anwendbar.

Störung der Sonntagruhe. Ein Schuhmacher Roth in der Nähe von Wiesbaden, der Sonntags in seiner Werkstatt Stiefel besohlt hatte, ist wegen Ausübung einer öffentlich bemerkbaren, mit lösendem Geräusch verbundenen Arbeit mit einem Strafmandat belegt worden, das vom Landgericht bestätigt wurde. Das Kammergericht hat gestern die gegen die Beurteilung eingelegte Revision zurückgewiesen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Töpfer (lokaler Richtung) beschäftigte sich am 20. Juni mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter. Der Referent Thiem empfahl der Versammlung, eine Lohnkommission, bestehend aus 6 Personen, einzusetzen. Dieser Kommission soll die Agitation für eine Lohnbewegung übertragen werden. Um eine derartige Bewegung finanziell unterstützen zu können, soll ein Fonds angeammelt werden, zu welchem jeder arbeitende Kollege wöchentlich einen noch näher zu bestimmenden Beitrag abzuführen hat. Zur Kontrolle sollen Quittungslisten ausgegeben werden, über welche die Kommission ordnungsmäßig Buch zu führen hat. Die von Arbeitslosigkeit und Krankheit betroffenen Kollegen haben keinen Beitrag zu entrichten; die Kontrolle hierüber solle ebenfalls der zu wählenden Kommission zufallen; auch solle die letztere auf Grund des über einen neuen Tarif ausarbeiten und diesen einer späteren Versammlung zur Begutachtung vorlegen. Dies die wesentlichen Punkte, die er, Referent, in einer Resolution der öffentlichen Versammlung vom 13. Juni mit der Maßgabe zu empfehlen beabsichtigte, die Kommission aus je drei Kollegen der centralen sowie der lokalen Richtung zusammenzusetzen. Gegen 2 Stimmen gelangten die Vorschläge des Referenten zur Annahme, desgleichen einstimmig ein Protest gegen die untern 20. Juni im „Vorwärts“ erschienene Annonce, die von David, dem Vertrauensmann der Berliner Töpfer, ausgegeben ist. Nachdem in die Kommission R. Schmidt, Wehl, Thiem, Heinrich Hoffmann, Karl und A. Laß gewählt waren, gelangte ein Antrag Köppen zur Annahme, den wöchentlichen Beitrag zum einheitlichen Fonds auf 50 Pf. festzusetzen und den Kollegen aufzugeben, auf jedem Bau einen Vertrauensmann zu ernennen, der die Sammlungen zu regeln hat. Die Versammlung sprach ferner den ausgesperrten Mauern und Bauarbeitern ihre volle Sympathie aus und beschloß, die ausgesperrten finanziell zu unterstützen, indem jeder in Arbeit Stehende verpflichtet wurde, eine 50 Pf. Marke zu diesem Zwecke zu entnehmen. Der neugegründete Fonds soll den Berliner Mauern bis auf weiteres zur Verfügung gestellt werden.

Der Zentralverband der Töpfer (Mitgliedschaft Berlin) nahm in seiner Generalversammlung vom 20. Juni den Bericht über die Verhandlungen des XI. deutschen Töpferkongresses, den David als Delegierter erstattete, entgegen. Den ausführlichen Darlegungen des Redners, der seine volle Befriedigung über den Verlauf des Kongresses beziehungsweise über die auf demselben gefassten Beschlüsse zum Ausdruck brachte, folgte eine lebhaft diskutierte. Ein Antrag, in dem die Versammlung ihre Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen erklärt, gelangte einstimmig zur Annahme. Bei der hierauf vorgenommenen Ergänzungswahl zum Centralvorstand wurden folgende Personen gewählt: Paul Hoffmann, Hogen, Greier, Manthe und Frähdorf. Dem Centralvorstand wurde es überlassen, sich selbst zu konstituieren. Zu Revisoren für die Hauptverwaltung wurden Vorshin und Rich ernannt und mit dem Amte des ersten Vorsitzenden der Filiale Berlin Kronfeld betraut, nachdem der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl seiner Perion abgelehnt hatte. Die Erledigung einiger gewerkschaftlichen Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Bäder. Am 20. d. M. fand in den Borussia-Sälen, Kierstraße 67, eine öffentliche Versammlung des Verbandes der Bäder statt. Der Naturheilkundige Herr Kanig hielt einen anderthalbstündigen, beifällig aufgenommenen Vortrag über die Entstehung der Geschlechtskrankheiten. Herr Kanig will sich im Laufe des Sommers Material verschaffen, um im nächsten Winter die sanitären Verhältnisse der Berliner Bäder dem Publikum klar legen zu können. Göpner schloß unter anderem an, die sanitären Verhältnisse der Bäder seien könnten nicht anders, als durch eine gesetzliche Vorschrift, oder durch einen Streit gebessert werden; auf das erstere können wir nicht hoffen, sondern das letztere müssen wir in Betracht ziehen, dazu aber gehören eine starke Organisation.

Von verschiedenen Kollegen wurde noch auf das am nächsten Freitag stattfindende Sommerfest der Meister hingewiesen und

empfohlen, daß die Anwesenden dafür sorgen sollten, daß keine Geseiler dieses verschönen. Nachdem noch einige Mißstände von Berliner Bäckereien vorgebracht worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Centralverband der Maurer. Die Zementierer und Verursachungen hielten am 21. Juni ihre Mitgliederversammlung bei Buske ab. Zunächst wurden Wahlen vorgenommen. Die Kollegen Brandt und Kostmann wurden als Bevollmächtigte, Blaszyński und Hilbrecht als Schriftführer gewählt. Sodann hielt Kollege Haase einen Vortrag über: „Wie stellen wir uns zum Streik der Maurer?“ und bat sämtliche Kollegen dringend, so viel wie möglich die streikenden Maurer zu unterstützen. Es entspann sich darüber eine längere Debatte und wurde zum Dienstag, den 27. Juni, eine außerordentliche Mitgliederversammlung bei Buske einberufen, zu der das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig ist. Ferner wurde beschlossen, daß der „Grundstein“ nicht mehr per Vadesfahrt geschickt würde, sondern jeder Kollege hat sich denselben bei der Morgenprache abzuholen. Hierauf schloß Kollege Haje die Versammlung.

Die Graveure und Ciseleure tagten am 20. d. M. in einer Präliminär-Versammlung im „Dresdener Garten“. Den Bericht Bräuners ließ man fallen, da dieser bereits in der Fachzeitung veröffentlicht worden ist. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß in diesem Jahre Biletts zur Kunstausstellung zu ermäßigten Preisen nicht zu haben sind, dafür aber von der Ausstellungs-Kommission die sogenannten „billigen Sonntage“ eingeführt worden seien. Man schritt hierauf zur weiteren Beratung der in der Fachzeitung veröffentlichten Anträge zur Generalversammlung. Hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Die Bauanschläger hörten in einer schwach besuchten öffentlichen Versammlung einen Vortrag des Genossen F. Jahn über die Arbeiterfrage der Gegenwart. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Ferdinand und Berlin geyelten unter Verschiedenem die große Nachlässigkeit der Bauanschläger im Besuch der Versammlungen und die Schamlosigkeit in der Agitation zur Organisation.

- Arbeiter-Bildungsschule. Ammer. 18, Hof 1 Tr Montag: Rationalökonomie (Arbeiterökonomie) und Arbeiter-Versicherung in den europäischen Ländern; Vortragender: Schriftsteller Paul Dirck. Beginn 9 Uhr. Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr und in der Pause geöffnet. Bibliothek: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Neul. Baumstr. 42; Schiller, Rosenstraße 57; Weinst. 1, Müllerstr. 7a. Vorsitzender Hermann Lamme, S. 56, Hohenstraße 72.
- Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Ad. Reumann, Brunnenstr. 150. Alle Turnvereine im Vereinsdistrikt sind zu richten an Friedrich Kortum, Pausierstraße 33. Sonntag: „Vorwärts VII“, Kammelsberg, Berlin, Kant- und Köpcke-Str. 10. Montag, abds. 8-11 Uhr, Turnstunden und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Ruhmst. I“, Sieglitz, Köpenick 10. — „Harmone“, Restaur. Feind, Weinst. 11. — „Landsknecht“, Grottelstr. 19. — „Vereinsthater II“, Etronsberg, Magnus, Wilhelmstraße. — „Arosa II“ (gemischter Chor), Buch, Fischer 10. — „Solidarität“, Rieße, Schützenstr. 29. — Berliner Damen-Chor „Harmone“, Rosin, Schützenstr. 42. — „Vorwärts III“, Pichlerberg, Friedrichstraße, Schulz, Pringel-Allee 6. — „Concordia“, Reimont Willhalmstr. 10. — „Apollon“, Reimont, Weidenstr. Sturm, Köpenickerstr. 33. — „Stote Rose“, Pringel-Allee 44. — „Vereinsthater III“, Al-Bismarck-Str. 19a. — „Vorwärts IX“, Charlottenburg, Bismarckstr. 39, Wilmsdorferstr. 39.

- Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Eugen Kische, Kische, Pohlenerstraße 11, 4 Treppen. — Sonntag: „Wally“, Schütte, Bismarckstr. 10 (vorm. 10 Uhr). — Montag, abds. von 9-11 Uhr: Klubabend und Aufnahme neuer Mitglieder: „Merikaner“, S. Bock, Göttingerstr. 3. — „Aquila II“, Schulz, Köpenick 33. — „Freundschaft Bornitz“, Karppe, Döberstr. 2. — „Fidele Kolonisten“, Klinge, Kolonietr. 137. — „Blau Schiller“, Boden, Appelerstr. 13. — „Grüne Linde“, Lauba, Drontheimerstr. 1a.
- Gesangs-, Turn- und gefellige Vereine. Sonntag: Theaterverein „Gredens“, Vintstr. 73. — Dramatischer Klub „Vereinsthater“, Gredensstraße 1. — „Vergnügungs-„ „Jungwölfe“, Schulz, Dunderstr. 90. — Theater „Vorwärts“, Jonas, Gr. Frankfurterstr. 42. — Theater „Schiller“, Gortel, Willdenowstr. 6. — „Waldhüter Klub“, Reimont, Köpenick 3. — Theaterverein „Aurelia“, Weikerstr. 19. — Pr. Theater u. Sp. „Alpenrose“, Wehl, Invalidenstr. 148. — Montag: Theater „Weiße Rose“, Reichenbergerstraße 19. — Vergnügungs-„ „Savaria“, Schulz, Dunderstr. 90. — „Rausch“, „Portoriso“, Bülowstr. 46. — Gesangs-„ „Räuberklub“, Finger, Schützenstraße 18/19.

Leser- und Diktierklub. „Polnisch. Diktierklub. Jaroslav Dombrowski in Hildorf, Preker, Hildorfstr. 69, tagt jeden Sonntag nach dem 16. nachm. 5 Uhr. — Montag: „Kopold Juchow“, Sippke, Marusstr. 14 (Gangung Gräner Weg), jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat. — „Nordfante“, Holz, Weidenstr. 27.

Arbeiter-Turnerbund. Sonntag: Turn-, „Fichte“, Pichlerberg, Kische, Weidenberger Weg; jeden Sonntag von 3 Uhr an volkstümliches Turnen. — Montag: Turn-, „Fichte“, Berlin, abends von 8-10 Uhr, 7. Müller-Wdh., Reichenbergerstr. 131; 2. Damen-Wdh., Weikerstr. 67; 7. Weidenberger-Wdh., Weikerstr. 31.

Arbeiter-Zenographenverein „Stolze“ (Einigungs-system). Montag: Bezirk „Norden“, bei Franz Kleinert, Müllerstr. 7a, abends 8 1/2 Uhr.

Allgemeine Familien-Gierde-Kasse. Heute (Sonntag) Kaserstraße 123 bei Ziehe und Ortmanstraße 155 bei Bütow von 8-6 Uhr.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. gest. 1892. Heute, nachmittags 4 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20; Sommerfest.

Waldhüter-Verein für Berlin und Umgegend. Heute: großes Sommerfest, verbunden mit Gesangs-Konzert und Ball in Hoffmanns Bollgarten (Weiden). Spandauer Berg, Gde der Kottbus-Allee (fast Minuten vom Bahnhof Weiden). Anfang 4 Uhr. Programm 20 Pf.

Zamariter-Kurort für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen Montag, abends 9 Uhr: Übungsstunde in der Centralen „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20; Vortrag über Knochenbrüche, Berentungen und Verwundungen. Redner: Weidenberger. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten Berlins. Versammlung am Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57, Tagesordnung: 1. Bericht über den Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit und über den Kongress der Krankenkassen Deutschlands. 2. Handhaben des Verbandes der Metallindustriellen, betreffend die Defizits der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins. 3. Zur Schwindsucht-Bekämpfung. 3. Ergänzungswahl zur Central-Kommission. 4. Verschiedenes.

NB. In dieser Versammlung findet die Ausgabe des Protokolls des Kongresses der Krankenkassen Deutschlands statt. Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins. N. N. G. Simonowitsch, Gartenstr. 78, II.

Repertoire.	Sonntag 25.	Montag 26.	Dienstag 27.	Mittwoch 28.	Donnerstag 29.	Freitag 30.	Sonabend 1.	Sonntag 2.
Königl. Opernhaus	Mignon (S. Arnoldson)	Curjonthe	Cavaller. rust. Häusel u. Gretel.	Der Klegende Holländer.	Garnier.	Sauberröse (Verte Horst) vor den Heren.)	—	—
Königl. Schauspiel.	Kuf der Sonnenseite.	Hamlet, Prinz von Danemar.	Kuf Strohlach.	Drama von Rarnhelm.	Kuf der Sonnenseite.	Maria Stuart (Verte Horst) vor den Heren.)	—	—
Deutsches Theater	Romeo und Julia.	Corano von Bergerac.	Reu einbüßert: Der Wahnthop Der Reuenerac.	Die Räuber.	Die Jüdin von Tolsto.	Die Jüdin von Tolsto (Gründete Preffe).	—	—
Schiller-Theater	Biel Arm um Nichts.	Niedersträume zc.	Niedersträume zc.	Niedersträume zc.	Wormis-Ober Der Wildschuß.	A. Basso Porio Cavalleria rusticana.	Maria.	—
Theater des Wesens	Zauberflöte.	Die lust. Weiber (Bertran u. Fr. Monan-Olden).	Der Barbier von Seville.	Sauberröse.	Das goldene Kreuz. Cavaller rustic.	Zauberflöte.	Margaretha.	Jugendotten.

Zändiges Repertoire. Neues Königl. Oper-Theater: Alle Abende außer Montag und Freitag: Die Nidermann. — Neues Theater: Wahlogerin und Abgeschlopper mit Hans Niese. — Weidenberger-Theater: Der Schlawager-Controleur und Jun. Ein. — Urania-Theater, Taubentstraße 48/49. Das Land der Herde. — Metropol-Theater: Berlin lach. — Central-Theater: Sonntag bis inklusive Donnerstag: Waldweiber. Freitag: Weidenberger. Sonnabend: Schiweil bei Gark Bruder. Theater aus Hamburg. — Belle Alliance-Theater. Alle Abende außer Mittwoch: Dorchländering. Jochen Pötel. Mittwoch: Onkel Brang. — Friedrich-Wilhelm-Adelphische Theater: Sonntag und Montag: Der Rachtommas-Controleur. Dienstag bis Sonnabend: Fußmann Heideck. — Weidenberger-Theater: Heute, die weiße Frau. — Alexanderplatz-Theater: Heute. — Weidenberger-Theater: Heute, die weiße Frau. — Alexanderplatz-Theater: Heute. — Nachmittagsvorstellung: Sonntag, 26. Juni, Deutsches Theater: Die verjüngte Wode.

Die Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren gezeichnet.

BAER SOHN

Die 13te Preisliste 1899 (Auflage 1 Million) wird kostenlos und kostenfrei zugesandt.

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften.

24a Chausseestrasse 24a
zw. Invalidenstr. u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

11 Brückenstrasse 11
zw. Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

16 Gr. Frankfurterstr. 16
zw. Bürger-Hospital und Fruchtstrasse.

Zur Reise.

Jünglings-Joppen	75 Pfg.
Grüne Joppen für Herren	90 Pfg.
Schüler-Anzüge für die Ferien	von 1 Mk. 80 an.
Sommer-Hosen für Herren	1 Mk.
Herren-Hosen	2 Mk. 25.
Cheviot-Hosen für Herren	3 Mk. 50.
Reise-Mäntel für Herren	3 Mk. 50.
Loden-Kavelocks für Herren	7 Mk. 50.
Reise-Anzüge für Herren	5 Mk. 75.
Papier-Anzüge, dauerhaft und waschbar	12 Mk.
Sport-Gummi-Mäntel, echt englisch	19 Mk. 50.
Herren-Westen	8.—, 2.25 — 1 Mk. 50.



Zum Radeln.

Radfahrer-Hosen für Jünglinge	2 Mk. 50.
Radfahrer-Hosen für Herren	3 Mk.
Radfahrer-Anzüge für Herren	6 Mk. 75.
Loden-Joppen für Herren	2 Mk. 25.
Gummi-Pelerinen für Radfahrer	5 Mk.
Capitain-Mützen aus weissem Ripps	90 Pfg.
Radfahrer-Strümpfe für Herren	1 Mk. 25.
Sport-Gürtel für Radfahrer	1 Mk. 40.
Sweater für Radfahrer	sehr billig.

Hosen nach Maass	von 6 Mk. an.
Anzüge nach Maass	von 21 Mk. an.

(Nachdruck verboten.)

Total-Ausverkauf!

Die Warenbestände der Firma

Max Friedländer jr. Molkenmarkt 12/13,

bestehend aus nur besseren Herren-Anzug-, Paletot- und Hosenstoffen etc. etc. sollen, um schleunigst damit zu räumen, werktätlich von vormittags 9—1 und nachmittags 3—7 zu enorm billigen Preisen ausverkauft werden. So z. B.:

Schwarze und blaue Cheviots per Meter von 1,50 Mk. an.	Sommer-Paletotstoffe . . . per Meter von 3,00 Mk. an.
Sommer-Anzugstoffe 2,00 „ „	Covert-Coating „ „ 3,00 „ „
Schwarze hochf. Kammgarne „ „ 3,00 „ „	Winter-Paletotstoffe, Eskimo, Krimmer etc. „ „ 4,00 „ „

Einen Posten Damentuche per Meter von 1,25 Mk. an.

Ca. 20 000 Rester (passende Maasse) zu jeden nur annehmbaren Preisen.

Fahrräder-Teilzahlung
direkt aus der Fabrik
wichtige Anzahlung, coul. Teilzahlung.
1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Cranienstr. 33. (1909)

Teilzahlung
monatlich 10 Mk.
liefert elegante
Herrngarderobe
u. Rob. Tomporowski, Schneiderstr.
Reanderstr. 16, II, an der Künsterstr.
(Auch baar Casse bligste Preise.)

Maitrank

täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
a Fl. 60 Pf., 10 Fl. M. 5.50, 50 Fl. M. 25.— erfl.
Cognacwein med. 1/2, Andromä a Liter M. 2.—, 5 Literforßl. M. 8.75.
Johannisbeer-Wein, weiß u. rot, herb u. süß, 10 Liter M. 8, 100 Liter 75.
a Fl. 75 Pf., 10 Fl. M. 7.—, 50 Fl. M. 30.— erfl.
Wermut-Wein a Fl. M. 1.00, aus deutschen Früchten für Diabetiker.
Gesetzlich geschützt! (20939)
Brombeer-Wein a Flasche Mark 1.—
Apfelwein zur Kur laut Analyse versenden 10 Fl. M. 3.50, 50 Fl.
M. 15.— erfl. Fl. in Gebinden v. 30 Litern aufwärts a 35 Pf. pr. Liter.
Grösste Obst- u. Beer-Wein-Kellerei Berlins.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV 3679
Wilmersdorferstr. 25, Amt II 2432.
Verkaufsläden:
Neue Friedrichstraße 61. — Oranienstraße 190. — Genslerstr. 29. —
Sommandantenstr. 67. — Gellner Weg 56. — Gellnerstr. 19.
Schöneberg: Hauptstr. 129. — Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

Nach beendeter Inventur u. vollständiger Umgestaltung
meines Teppich-Kaufhauses
Teppiche Gardinen,
Portièren,
Möbelstoffe,
Stoppdecken
reelle Fabrikate in Sopha- u. H. f. W.
Salon-Teppichen à 3,75, 5, 6—500 M. [1008L*]
Illustriert. Pracht-Katalog
148 Seiten stark gratis und portofrei.
Vermerk des festen Preises auf jedem Stück.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Metzner's Korbwaren - Fabrik.
Berlin, Andreestr. 23, vis-a-vis dem Andreadplatz.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-a-vis Humboldt.
III. Geschäft: Deusselstr. 67 (Roabit).
IV. Geschäft: Leipzigerstrasse (Spittel-Kolonnaden)
größtes Lager Berlins.
Rusterböcher gratis.
jähle ich jedem, der mir in Berlin
ein höheres Kinderwagen-Lager
als das meinige nachweist.
1000 Mark [1008L*]

In dem nasskalten Klima Deutschlands
billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein K. Gemisch, kein Mais, keine sog. schwer. Weine etc., sondern
seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“
Angenehme, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/2, 1, 2 u. 1/2 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
Ausf. Freiscourant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und Versandabtheilung **BERLIN N., Lindenstr. 130.**
No. 17 **OSWALD NIER**

Sohlen u. Absätze
gratis
Heinrichs billiger Schuhladen,
Köpnickerstraße 56.
erhält jedermann,
der in meinem
Geschäft
Köpnicker-
straße 56
ein Paar Schuhe oder
Stiefel im Preise
von 5,50 an gekauft.
[21042*]